

Bezugspreis: Vierteljährlich 9.—, monatlich 3.—, frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3.—, inkl. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M., beidseitig einmal Zustellung 8.25 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz, Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition kostet 1.20 M. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 50 Hg. (zulässig 2 Zeilen), jedes weitere Wort 25 Hg. Stellengeld und Schließstellenanzeigen das erste Wort 40 Hg., jedes weitere Wort 30 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Erzeugungsgebühr 50%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine-Anzeigen 1.20 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 11. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Milderungen für Deutsch-Oesterreich.

St. Germain, 10. Juli. (Wiener Korr. Bureau.) Staatskanzler Renner hat heute vom Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau eine Note erhalten, in der die vom Staatskanzler Renner am 23. Juni angeführten Momente als berücksichtigt erklärt werden, weshalb Artikel 49 gestrichen und durch folgende Bestimmungen ersetzt wurde: Die Güter, Rechte und Interessen der österreichischen Staatsbürger und der von ihnen kontrollierten Gesellschaften unterliegen in den Gebieten, welche Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie gebildet haben, nicht der Beschlagnahme oder Liquidation. Die Bestimmung bezieht sich nicht auf Güter, von denen in den Finanzklauseln die Rede sein wird. Sie bezieht sich auch nicht auf Schiffe, über die in den Wiedergutmachungen Bestimmungen enthalten sind. In der Note der Entente wird ferner die handelspolitische Note der österreichischen Delegation beantwortet. Die Verweigerung der Meistbegünstigung sei für das Wirtschaftsleben Oesterreichs nicht gefährlich, weil es ihm gestattet sei, mit der Tschechoslowakei und mit Ungarn auch von der Meistbegünstigung ausgenommene Verträge abzuschließen. Die alliierten Staaten wünschen nicht, daß die österreichische Ausfuhr feindseligen Beschränkungen unterliege, sind aber nicht in der Lage, ihre sofortige Meistbegünstigung einzuräumen. Sie sind nur bereit, folgenden Artikel hinzuzufügen: Die Oesterreich in Artikel 1 bis 4 aufgelegte Meistbegünstigung wird nach drei Jahren von keinem alliierten oder assoziierten Staat in Anspruch genommen werden, ohne die Gegenseitigkeit zu gewähren, wenn nicht der Völkerbund anders entscheidet.

Der Friedensvertrag vor dem amerikanischen Senat.

Amsterdam, 10. Juli. Das Pressbureau Radio meldet aus Washington, daß der Senat gestern beschlossen hat, Wilsons Mitteilungen über den Friedensvertrag und die begleitende Wortschachtel morgen in öffentlicher Sitzung entgegenzunehmen. Wilson wird um 12.15 Uhr vor dem Senat erscheinen. Amsterdam, 10. Juli. Nach einer Radiomeldung aus Washington bracht die Senats eine Resolution ein, worin der Präsident aufgefordert wird, dem Senat den angeblich zwischen Deutschland und Japan im letzten Oktober abgeschlossenen Vertrag vorzulegen, in dem die Vertragschließenden sich verpflichten, Rußland bei der Wiedergewinnung seiner internationalen Stellung zu helfen. Die Resolution stützt sich auf einen Bericht der Press Association über ein derartiges Abkommen.

Die Ratifizierungsurkunde abgegangen.

Berlin, 10. Juli. Die Ratifizierungsurkunde ist gestern Nacht, vom Reichspräsidenten unterschrieben, abgegangen. Unterstaatssekretär Lewald hat sich gestern mit einer Kommission nach Paris begeben, um dort über das Abkommen betreffend die Besetzung der Rheinlande zu verhandeln. Gleichzeitig ist die Kommission für den Wiederaufbau der besetzten französischen Gebiete abgereist. An der Spitze dieser Kommission steht Unterstaatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium. Beide Kommissionen werden getrennt von einander arbeiten.

Verschlechterung der Beziehungen zwischen Frankreich und Italien.

Paris, 10. Juli. Die Zwischenfälle in Fiume werden in einer Note der französischen Regierung wie folgt dargestellt: Zivilpersonen hätten am 6. Juli den französischen Posten, der die Magazine für die französische Operationsbasis bewachte, angegriffen. Die Angreifer hätten auf den Posten geschossen, der von der Waffe Gebrauch gemacht hätte. Der Angriff habe sich sodann verallgemeinert, italienische Marinesoldaten hätten daran teilgenommen. Die italienische Polizei habe sich bemüht, die Ruhe wieder herzustellen, was auch gelungen sei. Der 7. Juli sei vollkommen ruhig verlaufen. „Pays“ stellt fest, daß die französischen Truppen tote und Verwundete gehabt haben. Blätter, wie „Les Rationales“, von d'Annunzio inspiriert, betreiben ein schlechtes Handwerk gegenüber Frankreich, und wenn die Regierung nicht sofort strenge Maßregeln ergreife, müsse das für die Beziehungen Frankreichs zu Italien die schwersten Folgen haben. Wenn die Italiener nicht mehr Freunde Frankreichs sein wollten, müßten sie das sagen, dann wisse man wenigstens, woran man sei. Inzwischen ist bestimmt worden, daß die eingesezte interalliierte Untersuchungskommission abends nach Fiume abreifen soll.

Die deutsche Ratifikation in der französischen Presse.

Skeptische Aufnahme. Versailles, 10. Juli. Zur Ratifizierung des Friedensvertrages schreibt „Petit Journal“, die Nationalversammlung habe sich vor dem Unvermeidlichen gebeugt. Um die Aufhebung der Blockade zu erlangen, habe man die Erledigung beschleunigt. Saint Brice meint im „Journal“, die Franzosen seien genügend aufgeklärt, um zu wissen, welche Berechnung der raschen Unterwerfung zugrunde liege. „Gazzette“ glaubt, es wäre unklug und gefährlich, hinsichtlich der Frage der Durchführung des Friedensvertrags nicht einige Reserven zu machen, sie seien schon durch die Tatsache berechtigt, daß 115 Mitglieder der Nationalversammlung gegen die Ratifikation gestimmt hätten. Das sei eine beträchtliche Minderheit, mit der man in Zukunft rechnen müsse. Die Alliierten hätten auch daran gedacht, der Gewalt hierfür sei die englisch-französisch-amerikanische Militärkonvention. „Gaulois“ ist der Ansicht, die Deutschen betrachteten ihre Niederlage als verheerendes Geschäft und wünschten die Vergangenheit so schnell wie möglich zu liquidieren, um die Arbeit raschestens wieder aufzunehmen. Clemenceaus „Somme libre“ ironisiert Hermann Müllers Erklärung, die beste Politik des deutschen Reiches sei in diesem Augenblick Ehrlichkeit.

Konstanz, 10. Juli. (S. N.) Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Alliiertenrat ernannte zum Chef der Kommission, die die Ausführung der militärischen Bedingungen durch Deutschland zu überwachen hat, einen französischen General. Zu Vorgesetzten der Kommission für die Ueberwachung der Ausführung der maritimen und Luftfahrbedingungen wurde ein britischer Admiral und ein Brigadegeneral bestimmt. Die drei Kommissionen sollen den Sitz in Berlin haben und in anderen großen Zentren Unterkommissionen einsetzen. Im ganzen sind für die Ueberwachung der Bestimmungen etwa 200 alliierte Offiziere angewiesen.

Organisation des Angriffs auf Petersburg.

Amsterdam, 10. Juli. Laut Pressbureau Radio hat der Rat der Fünf den Plan eines gemeinsamen Angriffs der finnischen Truppen und der Truppen Koltschaks auf Petersburg gebilligt. Eine gleichlautende Note ist den Militärratsmitgliedern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens zugegangen, in der sie angewiesen werden, die finnische Regierung zu unterstützen, wenn diese beschließen sollte, dem Ersuchen Koltschaks um Hilfeleistung stattzugeben. „Times“ melden aus Helsinki Einzelheiten über die Organisation der vorläufigen Verwaltung, die in Petersburg nach der erwarteten Eroberung errichtet werden soll. General Judenitsch hat sich dem Oberbefehl Koltschaks unterstellt und wird daher keine unabhängige vorläufige russische Regierung, sondern nur eine örtliche Verwaltung für Petersburg und die umliegenden Gouvernements auf der Grundlage der von der altrussischen Regierung in Omsk festgelegten Politik bilden.

Kopenhagen, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) „Morning Post“ erörtert den amerikanischen Plan, der Regierung Koltschak militärische und wirtschaftliche Hilfe in großem Umfang zu senden, da man nur von Koltschaks Anhängern eine Wiederherstellung Rußlands erhofft. Der russische Botschafter in Paris beabsichtigt, baldigst in diesem Sinne in Washington zu verhandeln. „Daily News“ dagegen fordert in einem Leitartikel die Regierung auf, die Räumung Rußlands zu beschleunigen, wenn sie neue Arbeiterbeschwerden vermeiden wolle. Der englische Arbeiterstand sei fest entschlossen, die Anwendung englischer Truppen oder englischen Geldes gegen die Sowjetregierung nicht zu gestatten. Man müsse darauf achten, daß Mannerheim und die weißen Finnen keine Unterstützung zur Bekämpfung Rußlands erhielten.

Um Malmedy.

Amsterdam, 10. Juli. Laut „Allgemein Handelsblad“ ist in den letzten Tagen eine Reibung zwischen den englischen und belgischen Truppen von Malmedy zu verspüren. „Nation Belge“ fragt, was die Briten in Malmedy eigentlich noch zu suchen haben, nachdem dieses Gebiet durch den Friedensvertrag Belgien zugewiesen worden ist. Die flämischen Blätter stellen fest, daß die Belgier in Malmedy noch immer nichts zu sagen hätten, und daß der deutsche Landrat noch immer Herr und Meister sei, und zwar mit Unterstützung der britischen Behörden. Zwischen dem britischen Befehlshaber und dem deutschen Landrat besteht zum Ärger der Belgier ein freundschaftlicher Verkehr. Die belgischen Blätter bringen darauf, daß die belgischen Truppen sofort Malmedy besetzen, wie dies bereits mit Cupen geschehen ist.

Eine politische Notwendigkeit.

Von Heinrich Schulz. In demokratischen Blättern, besonders im Berliner Tageblatt, wird seit einigen Tagen mit heissem Bemühen ein Kulturkampf geübt. Als ob sich das deutsche Volk zu allem Unglück, durch das es in diesen schweren Zeiten hindurch muß, auch noch den Luxus eines solchen erbitternden und aufreizenden inneren Krieges gestatten könnte! Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung wird beschuldigt, sie verändere die geistige Freiheit des deutschen Volkes an das Zentrum um den Preis, mit dieser Partei zusammen in der Regierung zu verbleiben. Der Vorwurf ist gehässig und unwohl. Unter den vielen Schwierigkeiten, die das Zustandekommen des Verfassungswerkes bei der komplizierten Lagerung der politischen Verhältnisse bietet, sieht die Schulfrage mit an erster Stelle. Nicht erst seit dem Austritt der Demokraten aus der Regierung! Auch vorher schon sind die Religions- und Schulartikel der Verfassungsvorlage nur mit wechselnden Mehrheiten mühsam zustande gebracht worden. Die Demokraten lehnten die sozialdemokratische Forderung auf Beseitigung des Religionsunterrichts zur Herbeiführung der rein weltlichen Schule ab; mit dem Zentrum und den rechtsstehenden Parteien legten sie den Religionsunterricht als ordentlichen Nebegenstand in der Verfassung fest. Allerdings wollten sie anfangs keinen konfessionellen Religionsunterricht, sondern einen unklaren überkonfessionellen, den keine Religionsgesellschaft anerkannt hätte. Als ihnen das in der Verfassungsausschuss von den Vertretern der Konfessionen gesagt wurde, beantragten sie, daß der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Satzungen der Religionsgesellschaften erteilt werden sollte. Die Demokraten wollten auch anfangs und grundsätzlich keine Konfessionsschule. Sie ließen sich aber auch in dieser Frage gegen die Sozialdemokraten weiter nach rechts treiben, indem sie beantragten und bei der Abstimmung durchsetzten, daß die Frage der Konfessionsschule der einzelstaatlichen Gesetzgebung übertragen wurde. Diese wechselvolle Haltung zeigt zum mindesten, daß die strittigen Fragen große Schwierigkeiten in sich tragen, und daß es die Demokraten des Verfassungsausschusses und nicht die Sozialdemokraten gewesen sind, die eine gezielte Möglichkeit für die Konfessionsschule in der Reichsverfassung geschaffen haben. Inzwischen vollzogen sich die wichtigen Ereignisse, die mit der Zustimmung zum Friedensvertrag zusammenhängen. Die Demokraten wollten die Ablehnung, wodurch sie, wenn ihrem Wunsch gemäß beschlossen worden wäre, die Schlammfeste in inneren Zustände für Deutschland herbeigeführt hätten. Der Verlauf der Dinge seit der Unterzeichnung hat über die Folgen, die eine Nichtunterzeichnung herausbewirkten hätte, keinen Zweifel gelassen. Nur durch das feste Zusammenhalten der Sozialdemokratie und des Zentrums gegen links und rechts und gegen die neue Gegnerpartei der Demokraten ist unendliches Unglück für Deutschland verhütet worden. Für die nächste absehbare Zukunft ist eine einigermaßen ruhige und zur inneren Selbstbestimmung und wirtschaftlichen Konsolidierung führende Entwicklung Deutschlands auch nur durch eine feste gemeinsame Politik von Zentrum und Sozialdemokratie zu erwarten. Deutschland braucht Lebensmittel; Deutschland braucht Hoffnungen für sein wirtschaftliches Leben; Deutschland braucht eine sozial orientierte, rücksichtslos und jähzornig zupackende Steuerpolitik; Deutschland braucht verständige Sozialgesetzgebung und Sozialversicherung, wo immer sie nur durchzuführen ist. In allen diesen Fragen herrscht eine weitgehende Uebereinstimmung zwischen den beiden Regierungsparteien. Diese Uebereinstimmung ist zurzeit viel fester und geschlossener, als sie gerade in diesen Fragen bei der früheren Koalition war, da die Demokraten von den drei Parteien immer am meisten geneigt waren, allzu kräftige Zugriffe auf den Profit und allzu fühlbare Bindungen des kapitalistischen „freien Spiels der Kräfte“ zu verhindern. Wenn es den beiden Mehrheitsparteien gelinzt, die zahlreichen Steuerentwürfe und einige weitere wichtige Gesetze zu verabschieden, so wird das zwar den kapitalistischen Kreisen weh tun, aber die große Masse des Volkes wird einigen Grund haben, damit zufrieden zu sein. Es scheint, als ob gewissen Kreisen diese entschlossene Arbeitsfreudigkeit der gegenwärtigen beiden Mehrheitsparteien sehr unangenehm ist. Sie versuchen deshalb, einen Keil zwischen beide zu treiben, indem sie plötzlich die Schulfrage zur wichtigsten politischen Frage der Gegenwart zu machen suchen. Den freibeitlich gesinnten Volksmassen soll eingeredet werden, das Zusammenarbeiten der beiden Parteien sei lediglich ein schlaues Schachzug des Zentrums, das die Notlage der Sozialdemokratie ausbeute, um sich die Schule und damit die geistige Zukunft des deutschen Volkes zu sichern.

Das ist ein Kollisionsverhältnis, durch den sich die sozialdemokratische Fraktion nicht beirren läßt und den auch die denkenden Arbeiter durchschauen werden. Ich darf vielleicht für mich in Anspruch nehmen, daß ich die Bedeutung der Schulfrage zu würdigen weiß; in dem Kampfe für die freie und weltliche Schule auf sozialistischer Erziehungsbasis sah und sehe ich meine eigentliche Lebensaufgabe. Ich hätte nichts freudiger begrüßt, als wenn die Novemberrevolution und die Januarwahlen der Sozialdemokratie so viel Macht gegeben hätten, daß sie ihre Ziele, besonders ihre Schulideale, aus eigener Kraft zu verwirklichen imstande gewesen wäre. Infolge der Uneinigkeit der Arbeiterklasse haben wir diese Macht nicht erreicht. Wir sind zu Bündnissen mit anderen politischen Parteien und damit zu Zugeständnissen an sie genötigt.

In der Schulfrage, soweit sie der Religionsunterricht betrifft, stehen sich die Weltanschauungen des Zentrums und der Sozialdemokratie grundsätzlich gegenüber. Wir wollen die rein weltliche, das Zentrum will die konfessionelle Schule; die weder das eine noch das andere wollenden Demokraten sind für die Regierungspolitik ausgefallen. Das ist für die beiden Parteien, die wie keine dritte Partei Weltanschauungsparteien sind, eine außerordentlich schwierige Lage. Von beiden Seiten sucht man ihrer unter Anerkennung des anderen und Wahrung des eigenen Standpunktes Herr zu werden, wobei für beide Parteien über die eigenen Wünsche hinaus das Wohl der Gesamtheit, die dringenden Bedürfnisse unserer armen, aus tausend Wunden blutenden, niedergedrückten und durch innere Kämpfe zerrissenen deutschen Völker von entscheidender Bedeutung sein muß.

In welcher Weise die Lösung der schwierigen Frage gefunden werden wird, kann zurzeit noch nicht gesagt werden. Darüber wird unter den beiden Parteien noch verhandelt. Soviel aber steht schon unüberwindlich fest, daß die Reichsverfassung jedweden Raum in der Frage des Religionsunterrichts in Zukunft unmöglich macht. Kein Lehrer kann zur Erteilung von Religionsunterricht gezwungen werden, von seiner freien Willenserklärung hängt es ab, ob er Religionsunterricht erteilen will oder nicht; kein Kind braucht in Zukunft am Religionsunterricht teilzunehmen, wenn seine Eltern es nicht wollen. Auch darüber hinaus wird sich die sozialdemokratische Fraktion ihrer kulturpolitischen Pflichten in vollem Maße bewußt sein. Sie weiß, daß sie die Zukunft für den freien Kampf der Geister offen halten muß. Aber ebenso ist sie von der unbedingten Notwendigkeit durchdrungen, daß das deutsche Volk in der Gegenwart nichts dringender braucht als inneren Frieden, Brot und Arbeit.

Die Aburteilung des früheren Kaisers.

Ein moralischer Tadel.

Paris, 10. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Journal“ stellt fest, daß die Frage der Aburteilung des Kaisers in politischen englischen Kreise lebhaft diskutiert werde. Selbst gute Patrioten seien der Ansicht, die in Aussicht genommenen Lord Reading und Lord Sumner könnten nicht in Frage kommen, weil sie während des Krieges Missionen erfüllt hätten, direkt mit dem Krieg in Beziehung standen. Auch der Lord könne als Unterkunft für den Kaiser nicht in Frage kommen. Der Berichterstatter sagt sein Urteil über die Stimmung dahin zusammen, daß man offenbar eine Lösung auf der mittleren Linie gerne sehen würde, durch welche der Prozeß vermieden werden könne und dem früheren Kaiser nur ein moralischer Tadel ausgesprochen werde, und er glaubt, eine derartige Lösung werde auch von der englischen Regierung gut aufgenommen werden.

Paris, 10. Juli. Der Amsterdamer Korrespondent des „Zeit Journal“ berichtet, im Falle die Entente von Holland die Auslieferung des früheren Kaisers verlange, werde

die holländische Regierung die Angelegenheit dem Völkerverbund zur Entscheidung unterbreiten und sich dessen Entscheidung fügen.

Massenhinrichtungen in Ungarn.

Der „Freiheit“ zur Kritik überwiesen.

Budapest, 10. Juli. Von dem Standgericht wurden von 402 wegen des gegenrevolutionären Putsch vom 22. Juni Angeklagten 11 zum Tode durch Erschießen, einer zu drei Jahren schweren Kerker verurteilt. Zu Zwangsarbeit wurden verurteilt: 6 lebenslanglich, 8 zu 15 Jahren, 10 zu 10 Jahren, 6 zu 5 Jahren, 5 zu 3 Jahren, 9 zu 2 Jahren, einer zu anderthalb Jahren.

Die sozialistische Räterepublik Ungarn, das politische Vorbild der Anhänger der „Freiheit“, hat also die Todesstrafe nicht aufgehoben. Wenn aber in Deutschland jemand zum Tode verurteilt wird, dann schreit dieses Blatt die Bluthunde durch alle Gassen. Außergewöhnliche Umstände zwingen eben mitunter zu außergewöhnlichen, auch unerfreulichen Maßnahmen. Das allerdings will die „Freiheit“ nicht wahr haben — solange sie in der Opposition ist...

Die Finanzschwierigkeiten Frankreichs.

40 Milliarden Papiergeld. — 12 Milliarden Defizit.

Paris, 10. Juli. Die französische Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung mit 335 gegen 164 Stimmen ein Gesetz angenommen, das der Bank von Frankreich gestattet, den Notenumlauf um weitere 4 Milliarden auf 40 Milliarden zu erhöhen. Die Vorschüsse, die die Bank an den Staat gewähren kann, werden um 3 Milliarden auf 27 Milliarden erhöht.

Der Berichterstatter der Budgetkommission bereit bezifferte die Ausgaben für 1919 auf 44 bis 45 Milliarden, was einem ungedeckten Defizit von 12 Milliarden gleichkomme. Er verlangte die Unterstützung der Alliierten, da in dem Friedensvertrag die Frage der Gemeinschaft der Kriegskosten nicht genügend betont worden sei. Finanzminister Cloué erklärte, Verhandlungen unter den Alliierten über eine gemeinsame Finanzpolitik seien eingeleitet.

Die deutschen Wirtschaftsstellen im Ausland.

Unser Amsterdamer Parteiblatt „Het Volk“ hat in der letzten Zeit wiederholt Interviews mit einem holländischen Parteigenossen gebracht, der sich längere Zeit hier aufgehalten hat und mit guter Sachkenntnis gerecht über Deutschlands Lage urteilt. In dem letzten dieser Interviews, das am 3. Juli erschienen ist und nachdrücklich eine milde Handhabung des Versailler Friedens verlangt, da er sonst unerträglich wäre, findet sich auch der folgende Absatz:

Die Frage der Ernährung Deutschlands sowie der Herbeischaffung von Rohstoffen dreht sich nicht allein darum, daß wieder Vorräte aufgestapelt werden, sondern ist in erster Reihe eine Sache des Kredits. Deutschland hat keinen nennenswerten Goldvorrat mehr, mit dem es die nötigen Waren bezahlen könnte. Der Mangel an Zahlungsmitteln ist die Ursache nicht allein von unsäglichem Elend, sondern auch von politischer Auflösung, die bis in die Regierung selbst hineingeht. Der Konflikt zwischen dem Reichsernährungsminister Schmidt und dem Reichswirtschaftsminister Wiffel hat keine andere Ursache als Geldmangel. Der Ernährungsminister verfügt nicht über die nötigen Vorräte, um im Auslande die notwendigen Einkäufe zu machen, mit denen er den Hunger im Lande bekämpfen könnte. Er ist außerstande, seine Unterabteilung für Kartoffeln, Mehl usw. usw. mit Geldmitteln zu versehen, und diese Unterabteilungen, durch die Zentralregierung gar nicht oder nur zur Hälfte gefügt, versuchen allerlei bedenkliche finanzielle Manöver, sich selbst zu helfen. Welche Verwirrung dadurch entsteht, kann man sich leicht vorstellen, und das Resultat von allen diesen kleinen Ret-

lungsversuchen aus den vorhandenen Schwierigkeiten ist: die Schädigung der Saluta und demzufolge die Verschärfung des Notzustandes.

Diese Äußerungen deuten auf eine Wunde, die von Kennern der gegenwärtigen deutschen Zustände schon seit langem erkannt ist. Man findet in den holländischen Blättern, z. B. im „Amsterdamer Handelsblatt“ vom vorigen Sonntag, ganz ungeniert folgende Anzeige:

„Einfuhrgenehmigungen nach Deutschland“

für Käse, Zucker, Waare, Harz, Linoleum, Terpentin, Kopal, Leinen und Kattun zum freien Angeboten durch A. Wendels, Den Teijstraat 31, Amsterdam.

Man weiß, daß ehrlichen Lieferanten die schwierigsten Zahlungsbedingungen auferlegt, daß von ihnen langfristige Kredite gefordert werden, während die ungeheure Menge der Schieber bar in Gulden bezahlt. Und an diesen Schiebern sind Vertrauensleute aller möglichen Reichsstellen beteiligt!

Soll irgend eine staatliche Wirtschaftsleitung weiterhin möglich sein, dann muß in diese Augiasställe hell hineingeleuchtet werden.

Vor einer Kohlenkatastrophe!

Berlin, 9. Juli. Beim Reichswirtschaftsministerium hat mit Vertretern der Reichs- und Landesbehörden eine Besprechung über die Kohlenlage stattgefunden, in der von berufener Seite ein Bild der augenblicklichen Verhältnisse und der für den Winter zu erwartenden Versorgung gegeben wurde. Danach ist die Lage äußerst ernst. Die Eisenbahnen und die Gaswerke haben bisher in diesem Jahre im Gesamtjahr zum Vorjahr keine erheblichen Bestände für den Winter ansammeln können, und auch für den Hausbrand ist die Beschaffung von Wintervorräten bisher nicht möglich gewesen. Die Folgen des gewaltigen Rückganges der Förderung und der Streiks in den Kohlenrevieren und im Verkehrswesen werden darum erst im kommenden Winter in ihrer vollen Schwere auf dem deutschen Volke lasten, zumal die Aussichten auf eine demnächstige erhebliche Steigerung der Förderung gering sind. Hinzu kommt, daß bekanntlich der Friedensvertrag die Lieferung riesiger Kohlenmengen an die Entente vorsieht.

Wir haben also für den Winter zu erwarten: in Stadt und Land eine bedeutend schlechtere Hausbrandbelieferung als im Vorjahre, bedeutend schlechtere und ungleichmäßigere Versorgung der Gaswerke und der Elektrizitätswerke, Verringerung der Zufuhren an die Industrie in einem Maße, das einschneidende Arbeitslosigkeit und Verringerung der Erzeugung selbst wichtiger Industrien unvermeidlich erscheinen läßt.

Es ist dringend nötig, daß auch die Öffentlichkeit über den Ernst der Lage sich klar wird.

Neue Zusammenstöße in Hannover.

Wie die P. P. N. erfahren, kam es in Hannover spät abends abermals zu Zusammenstößen der Truppen mit einer Menge, die sich vor dem Bahnhof angesammelt hatte. Die Truppen waren durch tätliche Angriffe gezwungen, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Es gab zwei Tote und eine Anzahl Verwundete. Die Stimmung in der Bevölkerung, zumal in der Arbeiterschaft, ist sehr erregt. Die Unabhängigen und die Kommunisten betreiben eine starke Wühlstätigkeit.

Der „Reichsbote“ hat an die Königin der Niederlande ein Telegramm gerichtet, das dem schärfsten Byzantinismus der hinter dem „Reichsbote“ stehenden Deutschen für die Deutschland peinliches Zeugnis ausstellt.

Einfluß der Stadtkultur auf die Bevölkerungsvermehrung.

Von H. Fehlinger.

Mit fortschreitender Kultur haben die Menschen mehr und mehr die Oberhand über die blindwaltenden Kräfte der Natur erlangt; sie sind von diesen unabhängiger geworden und haben sie sogar in weitem Umfange in ihren Dienst gezwungen. Das größte Maß der Unabhängigkeit von der Natur haben die Menschen in den modernen großen Städten erlangt, und man hat sogar gesagt, daß sie sich in diesen Städten förmlich künstliche Lebensbedingungen geschaffen haben. In der Stadt hat der Menschengeist am meisten über die Natur triumphiert, und doch meinen manche Autoren, daß die Stadtkultur in biologischer Beziehung der Menschheit verberlich werden wird. Als eine der übelsten Folgen der Stadtkultur wird die in den Städten im Vergleich mit dem Lande geringere Geburtenhäufigkeit betrachtet. Vornträger gibt z. B. für Preußen an, daß die Geburtenzahl auf 1000 Personen berechnet, 1901 bis 1905 in den Städten durchschnittlich schon um 50 geringer war, als auf dem Lande, während der Unterschied 1876—1880 erst 22 betragen hatte. Auf Grund solcher Tatsachen wird gewöhnlich die geringere städtische Geburtenhäufigkeit als eine Entartungserscheinung betrachtet. Diese Annahme ist falsch, denn es sind rein äußere Ursachen, die den Unterschied in den Geburtenziffern von Stadt und Land bewirken.

Vor allem kommt der sogenannte Neo-Malthusianismus, die gewollte Verringerung der Kinderzahl, in den Städten viel mehr in Betracht, als auf dem Lande. Ferner muß bedacht werden, daß sich in den Städten diese Tausende von jungen Leuten beiderlei Geschlechts anhäufen, deren wirtschaftliche Verhältnisse ihnen die Eheschließung und Fortpflanzung nicht gestatten. In Preußen heirateten im Durchschnitt der Jahre 1910 und 1911 von je 1000 mindestens 18-jährigen ledigen Männern in den Städten 67, auf dem Lande aber 64, von je 1000 ledigen weiblichen Personen in den Städten 65 und auf dem Lande 77. Man weiß nicht, wie sich die Geburtenhäufigkeit auf dem Lande stellen würde, wenn alle diese jungen Leute dort blieben. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie dann wegen mangelnder Erwerbsquellen noch viel später zum Heiraten gelangen würden als in der Stadt.

Das städtische Geburtendefizit ist nicht überall so groß wie in Preußen, ja es besteht nicht einmal in allen Ländern. Vollends einwandfreie Vergleichszahlen haben wir aus den Niederlanden.

Die Geburtenhäufigkeit ist bei der ärmsten Klasse und dem unteren Mittelstand in den Städten größer als auf dem Lande; bei den besser situierten Volksschichten ist das Verhältnis umgekehrt. Im ganzen, ohne Unterscheidung von Klassen, kamen in den Städten 530 und auf dem Lande 507 Kinder auf je 1000 Ehen. Doch das fünfte Lebensjahr erreichten in den Städten nur 880 Kinder auf 1000 Ehen, verglichen mit 408 auf dem Lande. Durch Übergroße Kindersterblichkeit ist der Nachwuchs in den Städten stark vermindert worden. Auch von 36 preussischen Regierungsbezirken wiesen im Jahre 1910 nur 6 in den Städten eine geringere Sterblichkeit auf als auf dem Lande, und in ungefähr ebenso vielen Bezirken war die Sterblichkeit in Stadt und

Land gleich. Doch hat sich der Unterschied in der Sterblichkeithäufigkeit zwischen Stadt und Land in den letzten Jahrzehnten, dank der besseren städtischen Gesundheitspflege und Krankheitsbekämpfung erheblich vermindert.

Die Ursachen der Uebersterblichkeit in den Städten sind wohl in erster Linie sozialer Natur. Es ist bekannt, daß die Sterblichkeit bei der städtischen Arbeiterbevölkerung weitaus am größten ist und daß diese am meisten unter widertätigen Verhältnissen zu leiden hat.

Es ist fraglich, ob die Landkinder kräftiger zur Welt kommen als die Stadtkinder. Glaubt man das zwar allgemein, bewiesen ist es jedoch damit noch lange nicht. S. Peller fand bei einer Untersuchung des körperlichen Entwicklungsstandes der Neugeborenen nur geringe Unterschiede nach der Herkunft der Mutter vom Lande oder von der Stadt; durchweg erwies sich der Einfluß der sozialen Verhältnisse der Mütter viel bedeutender als jener der Herkunft.

Die häufigste gehörte Behauptung, daß Städte ihre Einwohnerzahl ohne Zuzug von auswärtigen nicht auf gleicher Höhe halten, geschweige denn vermehren könnten, ist in ihrer Allgemeinheit nicht richtig. So betrug in Berlin der Wanderungsverlust zwischen den Volkszählungen von 1905 und 1910 59 847 Personen, der Geburtenüberschuss dagegen 82 352, so daß die Bevölkerungszunahme einzig dem Geburtenüberschuss zu verdanken war.

Ein Beweis, daß das Vorwiegen städtischer Kultur in einem Lande nicht an sich auf die Bevölkerungsvermehrung hemmend einwirkt, bietet ein Vergleich der Geburtenhäufigkeit in Frankreich und Deutschland. Auf 1000 Ehesfrauen im Alter von 15—45 Jahren kamen im Jahresdurchschnitt Geburten:

	1880—82	1900—02
in Frankreich	196	158
in Deutschland	310	284

Der Unterschied zwischen beiden Ländern ist sehr groß und doch ist in Frankreich die städtische Bevölkerung prozentual weit schwächer vertreten, als in Deutschland. Auch in dem fast rein ländlichen Irland ist die Geburtenhäufigkeit geringer als in industriellen England.

Eine entartende Wirkung der Stadtkultur kann man nicht annehmen. Selbst wenn äußere Einflüsse keimischädigend bewirken, ist es ganz unwahrscheinlich, daß die wirtschaftlichen Wandlungen der letzten Jahrzehnte zu einer merkbaren Schädigung der Art-eigenschaften speziell der Städter geführt hätten. Die Lebenshaltung der Volksmassen ist besonders in den Städten erheblich verbessert worden; Schädigungen durch gewerbliche Gifte werden mehr und mehr vermieden; der Alkoholismus geht zurück; die Seuchenbekämpfung, namentlich auch die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, hat Fortschritte gemacht usw. Vereine Schädigung des Keimplasmas durch solche Einflüsse annimmt, der muß zugeben, daß die Gefahren verringert wurden. Dagegen wirkt die Stadtkultur in biologischer Hinsicht vorteilhaft, weil sie eine Steigerung der geschlechtlichen Auslese begünstigt. Von den Eltern distinkte Paare sind in der Stadt viel seltener als auf dem Lande, wo auch der Kreis der Personen, die für die Gattenwahl in Betracht kommen, ein verhältnismäßig sehr beschränkter ist. Allerdings bleibt die Tatsache bestehen, daß in den Städten in der Regel der Kampf ums Dasein schärfer ist als auf dem Lande, und daß deshalb in den Städten angeborene Defekte leichter und früher zum Vorschein treten und dem Individuum zum Verhängnis werden können.

Notizen.

— Zur Kritik der Rationalversammlungsbriefmarke. Vom Reichspostamt ging folgende Zuschrift ein: Die vom Reichspostministerium herausgegebenen Briefmarken zur Erinnerung an die Rationalversammlung werden vielfach einer abfälligen Kritik unterzogen, die mit Vorwürfen gegen das Reichspostministerium verbunden sind, das diese „geschmacklosen Marken“ herausgegeben habe. Ueber den Geschmack läßt sich bekanntlich streiten. Ob diese Marken geschmacklos und nicht zweckmäßig sind, darüber soll kein Urteil abgegeben werden. Nur insofern bedürfen die Kritiken einer Richtigstellung, als man das Reichspostministerium hierfür zu Unrecht verantwortlich macht. In dem Preisanschreiben für Entwürfe zu diesen Marken sind alle Künstler und Kunststrickungen zur Mitarbeit aufgefordert worden. Trotz des kurzen Zeitraumes, der mit Rücksicht auf die vorgefertigte Zeit angesetzt werden mußte, gingen über 4000 Entwürfe ein. Mit der Prüfung der Entwürfe wurde ein Preisgericht betraut, dem in der Mehrzahl namhafte Künstler und Sachverständige der verschiedenen Kunststrickungen angehörten; außerdem wurden einige Mitglieder der Rationalversammlung hinzugezogen. Das Preisgericht war vollständig frei und unbefugelt in seinem Urteil, insbesondere hat das Reichspostministerium nach keiner Richtung hin irgendeinen Einfluß ausgeübt. Das Preisgericht hat sich die Entscheidung darüber vorbehalten, welche Marken zur Einführung gelangen sollten, und sich energisch verhalten, daß etwa der Reichspostminister ihm ins Handwerk pfeife. Dementsprechend ist verfahren worden.

— Aufruf an erwerbslose Künstler! Die Arbeiter-Kunstausschule der Genossenschaft sozialistischer Künstler in der Paugewerkschule, Berlin, Kurfürstenstr. 141, schließt am 12. Juli in diesen Räumen, um in einem anderen Bezirk Groß-Berlins weitergeführt zu werden.

Die Ausstellung hat vor allem gezeigt, daß trotz der sozialpolitischen Erregung, in der sich die Arbeiterschaft zurzeit befindet, doch ein lebhaftes Interesse für alle künstlerischen Fragen vorhanden ist; es sollen darum bei der nächsten Veranstaltung die von Vertretern der Arbeiterschaft geäußerten Wünsche, soweit sich diese erfüllen lassen, weitgehendst berücksichtigt werden. Gemäß dem Programm richtet die G. f. K. an alle erwerbslosen Künstler die Aufforderung, sich an den Wanderausstellungen zu beteiligen. Die Beteiligung geschieht kostenlos und ohne Verbindlichkeit ihrerseits. Ein selbstgewählter Ausschuss der erwerbslosen Künstler soll in Gemeinschaft mit den Oberleuten der G. f. K. über die Qualität der auszustellenden Werke entscheiden.

Es ergeht an alle erwerbslosen Künstler die Aufforderung, Montag, den 14. Juli, vormittags 11 Uhr, im Ausstellungsraum der G. f. K., Berlin, Kurfürstenstr. 141, ihre Arbeiten persönlich abzugeben.

— Eine Millionenstiftung für Rußland. Fünf Millionen Dollar hat der verstorbene amerikanische Multimillionär Augustus Juilliard in seinem Testament für eine Stiftung ausgesetzt, die die Aufgabe erhält, Konzerte und Aufführungen „für den Genuß des allgemeinen Publikums“ zu fördern, Mittel zur Unterstützung der Retropolitan-Oper-Gesellschaft auszuwerfen und „würdige Rußlandkünstler“ auszubilden.

Dreifache Landesversammlung.

48. Sitzung. Donnerstag, den 10. Juli 1919, mittags 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Kommissare.

Präsident Heinert eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Ministerium des Innern.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushaltsplans des Ministeriums des Innern. Dazu liegen Anträge des Ausschusses und weitere 41 Anträge aus dem Hause vor.

Abg. Dr. Reinecke (Str.) erachtet die Regierung, die Berufsberatung auf staatlicher Grundlage zu organisieren.

Abg. Schubert (Soz.) fordert einen Gehaltentwurf, durch den alle geheimer Personalisten der im Staats- oder Gemeindedienst stehenden Beamten, Angestellten und Arbeiter abgeschafft werden.

Abg. Hammer (Dt. natl.) bittet, den Gendarmen sofort den Rang der mittleren Beamten zu verleißen.

Abg. Regensborn (Dt. natl.) erachtet die Regierung um Auskunft, ob und in welchem Umfange seit dem Ausbruch der Revolution die für die Herstellung und Verbreitung von Flugblättern und Schriften, die ihrem Inhalt nach parteipolitisch sind, sowie für parteipolitische Propaganda anderer Art Mittel des preussischen Staates verwendet worden sind.

Abg. Dr. Volkert (Dem.): berichtet über die Ausschussberatung der Anträge der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und der U. Soz. wegen Entschädigung der durch die Unruhen der letzten Monate Geschädigten.

Der Ausschuss beantragte, die Regierung zu ersuchen, 1. dafür zu sorgen, daß die bei den Unruhen der letzten Monate Geschädigten mit möglicher Beschleunigung angemessene Entschädigung erhalten, 2. dahin zu wirken, daß die Entschädigungen grundsätzlich vom Reiche, nötigenfalls unter Beteiligung des Staates und der Gemeinden geleistet werden.

Abg. Schrader (Soz.) tritt für die Errichtung von Wiedereingliederungsämtern auch in den Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern ein.

Die üblen Folgen der Wohnungskrise, des Wohnungsmangels und des Schleichhandels mit Wohnungen machten sich auch besonders in der Peripherie der Großstädte bemerkbar. Die entsprechende Abänderung der bezüglichen Bestimmungen habe mit aller Beschleunigung zu erfolgen.

Abg. Neugebäude (Dnat. Sp.) fordert die Wiedereinführung der Zensur gegen den zunehmenden Schmutz in Wort und Bild. Es ist unglücklich, was jetzt unbeanstandet öffentlich angepriesen werden darf.

Abg. Mebrhof (U. Soz.): Wir fordern die Beilegung des Belagerungszustandes.

Abg. Dr. von Kries (D. Sp.): Wir wünschen ein Einschreiten gegen die Spielflubs. In Berlin ist jetzt endlich die Polizei eingeschritten und hat etwas 20 Klubs unterdrückt. In allen diesen Fällen handelt es sich um frühere Spielflubs. (Hört, hört!)

Die Unternehmer machen glänzende Geschäfte.

In großen Spielflubs beträgt das Kartengeld täglich 25 000 M. (Hört, hört!) Man sagt mir, daß in Groß-Berlin täglich eine halbe Million an Kartengeldern in den Klubs verausgabt wird.

Abg. Schilling (Z.) berichtet über Anträge auf Öffentlichkeit der Gemeindevertretungen im Rheinlande.

Abg. Lüdtke (Dnat.) fordert die rasche Erledigung der Frage Groß-Berlin.

Abg. Paas (Soz.) beantragt eine Aenderung der Gemeindewahlbestimmungen dahin, daß bei Neuwahlen neue Wählerlisten aufgestellt werden müssen.

Abg. Reinecke (Z.) verlangt die gutachtliche Anhörung von Volksvertretern bei der Umänderung der Provinzial-, Kreis-, Städte- und Landgemeindeordnung.

Abg. Schubert (Soz.) erachtet die Regierung, allen Beamten und Angestellten das Auswärtswohnen zu gestatten.

Erich Mühsam und Genossen vor dem Standgericht.

Subenterror. / Wadler im Bann der Schwerindustrie. / Wadler gegen das Streikrecht der deportierten Belgier. / Schluß der Beweisaufnahme.

München, 10. Juli.

Im Laufe der weiteren Beweisaufnahme wird von Zeugen bekundet, daß sich in der Bewegung der Räterepublik eine Reihe von Leuten bemerkbar machte, die man nur als „politische Parvenüs“ bezeichnen kann.

Bekannt werden dann ein Feldwebel vom Wacht-Lommando und ein Gefängniswärter des früheren Zuchthauses, jetzigen Festungsgefängnisses Erbrach, in dem die jetzigen Angeklagten untergebracht worden waren.

Bei der Entlassung rief der eine: „Jetzt machen wir in München die zweite Revolution und bauen eine Dampfguillotine, damit es schneller geht!“

Zeuge Kunstmaier Schfuertig war Kommandant der republikanischen Soldatenwehr. Er gibt an: In einer Versammlung der Vorstehenden der Münchener Garnisonräte sei mitgeteilt worden, daß seit Ausrufung der Räterepublik kein Stück Blei mehr nach München gekommen sei.

Die Massen an ihm Lynchjustiz geübt. Wir hatten schon beim Transport alle Mühe, ihn vor der aufgeregten Menge zu schützen, namentlich in Eichstätt.

Der Zeuge hat doch selbst die Leute auffordern müssen, daß sie dafür haften, daß uns nichts geschehe. Es hat also doch offenbar ein Mordplan bestanden. — Zeuge: Von einem Mordplan ist gar keine Rede, Mühsam kann versichert sein, daß ihn von meinen Leuten nicht ein Haar gekrümmt worden wäre. — Mühsam: Wie kam es denn, daß die Stimmung in der Schutztruppe so war, daß wir nicht mehr des Lebens sicher waren?

Die Mitglieder des Vollzugsrats des Landes-soldatenrats wurden unter Drohungen der Verhaftung gezwungen, eine Erklärung zu unterzeichnen, daß sie auf dem Boden der kommunistisch-sozialistischen Räterepublik stehen und die Regierung Hoffmann nicht mehr anerkennen.

Einem breiten Rahmen in der weiteren Beweisaufnahme nimmt die Stellung des Angeklagten Dr. Wadler in der Frage der Zwangsdeportation belgischer Arbeiter ein, die der Vorsitzende bei Beginn des Prozesses als schwer belastend für den Angeklagten bezeichnet hatte, da sie in schroffen

Abg. Dölge (Dnat.) bringt Wünsche über die Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Befoldungsdienstalter der Gemeindebeamten usw. vor.

Abg. Dr. Struwe (Dem.) erachtet die Regierung, schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Uebernahme der Prostitution grundsätzlich umgestaltet wird.

Abg. Frau Arendsee (U. Soz.) schildert die Notlage der Kran-tenschwwestern.

Abg. Dr. Thier (D. Sp.) richtet die Anfrage an die Regierung, welche Maßnahmen sie zu treffen gedenkt, um den aus dem Kriege zurückgekehrten Angehörigen und Angehörigen der freien Berufe die Wiederaufrichtung ihrer bürgerlichen Stellung zu erleichtern.

Abg. Schrader (Soz.) richtet an die Regierung die Anfrage, ob die gemaltsame Besetzung der seit längerer Zeit freien Präsi-dentenstelle des Eisenbahnbezirks Erfurt und einiger Degernate der Grund war, weshalb die Staatsregierung die Besetzung Er-furts am 18. Juni durch Regierungstruppen veranlaßte.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag, 1 Uhr, vorher Anfragen.

gegen Sie große Erregung in weiten Kreisen, selbst der Rätebewegung, vorhanden war. Sie haben auch selbst ausgegeben, daß Sie einmal verprügelt worden sind.

Der Zeuge Kerner war als Beauftragter des Vollzugs-ausschusses des Landesoldatenrats im Kriegsministerium tätig. In der entscheidenden Sitzung im Kriegsministerium war eine zusammengewürfelte Gesellschaft vorhanden. Es befanden sich darunter junge Mädchen und Buben von 19 bis 20 Jahren.

Es hieß, es handle sich um eine unerbittliche Besprechung für die Ausrufung der Räterepublik, aber Mühsam und Landauer waren schon in einem Nebenzimmer mit der Ausarbeitung einer Proklamation beschäftigt.

Der Zeuge Kerner war als Beauftragter des Vollzugs-ausschusses des Landesoldatenrats im Kriegsministerium tätig. In der entscheidenden Sitzung im Kriegsministerium war eine zusammengewürfelte Gesellschaft vorhanden. Es befanden sich darunter junge Mädchen und Buben von 19 bis 20 Jahren.

Es hieß, es handle sich um eine unerbittliche Besprechung für die Ausrufung der Räterepublik, aber Mühsam und Landauer waren schon in einem Nebenzimmer mit der Ausarbeitung einer Proklamation beschäftigt.

Der Zeuge Kerner war als Beauftragter des Vollzugs-ausschusses des Landesoldatenrats im Kriegsministerium tätig. In der entscheidenden Sitzung im Kriegsministerium war eine zusammengewürfelte Gesellschaft vorhanden. Es befanden sich darunter junge Mädchen und Buben von 19 bis 20 Jahren.

Es hieß, es handle sich um eine unerbittliche Besprechung für die Ausrufung der Räterepublik, aber Mühsam und Landauer waren schon in einem Nebenzimmer mit der Ausarbeitung einer Proklamation beschäftigt.

Der Zeuge Kerner war als Beauftragter des Vollzugs-ausschusses des Landesoldatenrats im Kriegsministerium tätig. In der entscheidenden Sitzung im Kriegsministerium war eine zusammengewürfelte Gesellschaft vorhanden. Es befanden sich darunter junge Mädchen und Buben von 19 bis 20 Jahren.

Es hieß, es handle sich um eine unerbittliche Besprechung für die Ausrufung der Räterepublik, aber Mühsam und Landauer waren schon in einem Nebenzimmer mit der Ausarbeitung einer Proklamation beschäftigt.

Der Zeuge Kerner war als Beauftragter des Vollzugs-ausschusses des Landesoldatenrats im Kriegsministerium tätig. In der entscheidenden Sitzung im Kriegsministerium war eine zusammengewürfelte Gesellschaft vorhanden. Es befanden sich darunter junge Mädchen und Buben von 19 bis 20 Jahren.

Es hieß, es handle sich um eine unerbittliche Besprechung für die Ausrufung der Räterepublik, aber Mühsam und Landauer waren schon in einem Nebenzimmer mit der Ausarbeitung einer Proklamation beschäftigt.

Der Zeuge Kerner war als Beauftragter des Vollzugs-ausschusses des Landesoldatenrats im Kriegsministerium tätig. In der entscheidenden Sitzung im Kriegsministerium war eine zusammengewürfelte Gesellschaft vorhanden. Es befanden sich darunter junge Mädchen und Buben von 19 bis 20 Jahren.

Es hieß, es handle sich um eine unerbittliche Besprechung für die Ausrufung der Räterepublik, aber Mühsam und Landauer waren schon in einem Nebenzimmer mit der Ausarbeitung einer Proklamation beschäftigt.

Der Zeuge Kerner war als Beauftragter des Vollzugs-ausschusses des Landesoldatenrats im Kriegsministerium tätig. In der entscheidenden Sitzung im Kriegsministerium war eine zusammengewürfelte Gesellschaft vorhanden. Es befanden sich darunter junge Mädchen und Buben von 19 bis 20 Jahren.

Es hieß, es handle sich um eine unerbittliche Besprechung für die Ausrufung der Räterepublik, aber Mühsam und Landauer waren schon in einem Nebenzimmer mit der Ausarbeitung einer Proklamation beschäftigt.

Der Zeuge Kerner war als Beauftragter des Vollzugs-ausschusses des Landesoldatenrats im Kriegsministerium tätig. In der entscheidenden Sitzung im Kriegsministerium war eine zusammengewürfelte Gesellschaft vorhanden. Es befanden sich darunter junge Mädchen und Buben von 19 bis 20 Jahren.

Es hieß, es handle sich um eine unerbittliche Besprechung für die Ausrufung der Räterepublik, aber Mühsam und Landauer waren schon in einem Nebenzimmer mit der Ausarbeitung einer Proklamation beschäftigt.

Erleuchtung.

101 Roman von Henri Barbusse.

Ich schweife weiter in meinen Träumen und steige doch wieder zu dem Geräusch und Geklimmel der Stadt empor. Dort treffen sich die Menschen auch, wie an jedem Sonntagabend, dort herrscht die große Geschäftigkeit der Männer, dort sind sie weniger zurückhaltend. Auf der Stadtstraße entfallen sich die Begierden weniger verblümt. Stimmen schwirren durcheinander, Lachen schneit auf. Selbst aus allen Türen bringt es hervor, Schreien und Gesang.

Dieser auf der Straße der inneren Stadt ist die Helligkeit beträchtlich. Das plötzliche Ausleuchten des Gaslichtes und der Widerschein, der aus den Geschäftsauslagen herausblinkt, das alles entschleierte die Gesichter vollständig. Antonia kommt vorbei. Sie ist umgeben, umschrien und umworben von Männern, die sich den Hals nach ihr umbrehen und die mit den Augen nach ihr suchen; sie alle haben Begierde nach dem Mädchen. Da erblickt mich Antonia; sie ist sofort bereit, ihr ganzes Gefolge aufzugeben und mich anzurufen, und sie läßt so etwas wie einen gluckenden Nebel laut hören, aber ich wende mich ab und sie muß weiter mit den anderen gehen.

Da sie mit ihrem Männergespann verschwunden ist, atme ich den Duft ein, der ständig von Petrolen ausströmt. Petrolen ist der Lampenpuffer in der Fabrik. Er ist gelblich und viskös und erdig, sein Auge ist aufgebläutert, er riecht nach ranzigem Öl, es scheint, daß Petroleum seine einzige Nahrung ist. Petrolen ist ein Mensch, der wohl immer im Schatten bleiben soll. Man sieht ihn kaum, man riecht ihn nur.

Und andere Frauen noch und andere Frauen. Auch ich habe mich an manchen Sonntagen all dieser Liebe eingemischt.

Aus all diesen Wesen, die da schwahnd herumgehen, die da haften eines nach dem anderen, richtet sich eine Frauen-gestalt einam auf, einem Lichtpfeile gleich, und leer wird es rings um sie. Das ist Luise Grün. Sie ist so häßlich, daß man sich vor ihr fürchten muß. Einmal ist sie zu tugendhaft gewesen, als sie noch allerhand Gelegenheiten gehabt hätte, nicht tugendhaft zu sein. Jetzt bedauert sie es, und sie erzählt es ganz ohne Scham, um sich für die einstige Vergeudung ihrer Jugend zu rächen. Sie möchte einen Ge-

lieben haben, aber niemand mehr verlangt nach ihr, denn ihr knochiges und ausgemergeltes Gesicht ist von einem Ausfah bespitzt. Die Kinder, die genau wissen, was Luise braucht, machen sich über das Mädchen lustig. Das Beklaßte der Erwachsenen hat auf die Kinder abgefärbt. Ein kleines fünf-jähriges Kindlein deutet mit seinem winzigen Finger auf das Mädchen und stottert dabei: „Will'n Mann haben!“ Da geht auch zufällig, einem toten Blatte gleich hingeweht, Béron. Béron schwanzelt so oft er kann um Antonia herum. Er schlottert, und sein winziges Köpflein ist zur Rechten geneigt. Dabei lächelt er ein farbloses Lächeln. Er lebt, ohne etwas zu tun, von kleinen Renten. Er ist gut und zart, und manchmal rüttelt ein Anfall von Nächstliebe an ihm.

Béron und Luise Grün bemerken sich. Sie wollen einander vermeiden und machen einen Umweg. Sie haben Angst vor einander.

Und dann ist auch noch Joseph Boncas auf der Liebes-jagd. Recht schlägt ist er trotz seiner geistigen Ueberlegenheit. Ein trübes, gelbliches Gesichtlein blickt sich hervor aus seinem Gut mit der niedergehängenen Kreppe und aus seinem weißen, aufgeplusterten, handtuchgleichen Halstuch.

Ja beklage sie, all diese Einsamen, die da suchen, weil sie sich selber suchen. Sie stehen meinem Mitleid nach, all diese armen, schwankenden Gestalten, die unvollkommen sind und zerfetzt, all diese eitelnechtigen Schatten, die dort nächtlich verschweben.

Wo bin ich plötzlich?

Ich bin vor den Arbeiterhäusern, vor dem ungeheuren, hinkriechenden Häuserblock, aus dem die Fenster hervor-leuchten. Dort wohnt Marie Luffon, deren Vater bei dem Sozialen als Grundstücksverwalter angestellt ist. Einem heimlichen Triebe folgend bin ich bis hierher meinem Abenteuer nachgegangen. Ohne daß ich mir Rechenschaft davon gebe, und ohne daß ich mich mit ihnen geselle, schnüffele ich hier nach den lebendigen Wesen und den toten Dingen.

Marie ist meine Cousine, und doch begegne ich ihr kaum. Wir sagen uns nur Guten Tag, und wenn wir uns treffen, dann lächelt sie mir zu.

Ich lehne mich an eine Platane und denke an Marie. Sie ist hoch gewachsen, blond, kräftig und sanftmütig und obwohl sie nur bescheiden angezogen ist, geht sie einer Venus gleich mit breiten Hüften einher. Ihre schönen Lippen glänzen wie ihre Augen. Daß ich sie so nahe weiß, bewegt mich seltsam in meinem Schattenwinkel.

Ich würde zittern, wollte sie jetzt plötzlich vor mir auf-

tauchen wie das letzte Mal, da wir uns gestreift hatten. Es würde mich durchschütteln, sähe ich jetzt zufällig in der Dunkelheit das Aufstrahlen ihres Gesichts oder das Schweben ihrer Gestalt, wie bei unserer letzten Begegnung, da sie von einer seidenen Dinte umwoben schien; ergreifen würde es mich seltsam, käme sie jetzt daher, Hand in Hand mit ihrer jüngeren Schwester.

Aber dies Ereignis tritt nicht ein. In dem nachblauen, kalten Rahmen sehe ich nur die beiden Fenster dort im zweiten Stockwerk des Hauses, wo sie wohnt. Von sanfter Gelblich-scheit das Innere belebt. Einer von diesen Schatten ist vielleicht Marie selbst. Aber diese lichten Scherben nehmen keinerlei Gestalt an; sie bleiben in einer jenseitigen Welt. Endlich verlassen meine Augen das von den Fenstern bestirnte Hausgemäuer, das von den Bäumen eingerahmt wird. Meine Augen wenden sich fort von dem feilgehenden und stimmen Firmament. Und ich wandere weiter durch diesen Abend, der vorläufig der letzte aller meiner Lebensabende ist, ich wandere weiter bis zu meiner Hausung.

Vor mir taucht die winzige Antoinette auf. Wie kommt es, daß man sie so ganz allein gehen läßt? Sie streckt mir das Händchen entgegen. Das man ihr den Weg weise, das bettelt sie. Ich geleite sie ein Stücklein. Ja beuge mich über sie, ich verlangsame meinen Schritt, ich frage sie und höre ihr zu. Aber sie ist noch zu klein und unbeholfen, und sie kann nichts erklären. Behutsam geleite ich das Kindlein heim. Sie sieht nur noch so wenig, daß sie am Abend ganz blind ist. Ja bringe sie bis an die niedrige Tür der zerbröckelten Wohnung, wo sie nistet.

In meiner Straße steht der alte Eudo. Er steht vor seinem Laternenhäuslein, dessen Dachlufe vergittert ist. Finster ist er unter seinem Radmantel anzusehen, spitzig ist er wie sein Haus selber.

Er macht mir ein wenig Zucht. Sicherlich hat er kein ruhiges Gewissen. Aber mag er auch schuldbehaftet sein, er ist trotzdem mitleidswürdig. Ich bleibe bei ihm stehen, und wir fangen zu reden an. Aus der Nacht seiner Kapuze hebt er ein weißliches und verwestes Gesicht. Ich rede zu ihm vom Frühling und vom Wetter. Er hört mir nur zerstreut zu und sagt mir mit dem Lippenrande ja. Und dann sagt er plötzlich: „Zwölf Jahre ist meine Frau nun schon tot. Zwölf Jahre bin ich nun schon vollkommen allein. Seit zwölf Jahren höre ich nur noch die letzten Worte, die sie zu mir gesprochen hat!“ (Fortf. folgt.)

Lessing-Theater.
Sommerplatz: H. Sternberg.
Gastspiel Guido Thielscher:
8 Uhr: Charleys Tante.
Deutsches Künstler-Theater.
8 Uhr:
Max Adalbert u. Kurt Götz in:
Die Hutschbahn.
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr:
Auch ich war ein Jüngling...
(Schwank).
Kammerspiel.
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin in:
Das Weib u. der Hampelmann.
Theater des Westens
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Mia Werber und Hans Wass-
mann in Die Geisha.
Central-Theater
Kommandantenstraße 37.
7 1/2 Uhr: Die Schönste von Allen.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Der Zigeunerbaron.
Friedr.-Wilhelmst. Theater
7 1/4 Uhr: Der Götter
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr:
Unterm Baume der Erkenntnis
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: So ein Mädel.
Metropol-Theater.
7 Uhr 20: Die Faschingsfee.
Neues Operettenhaus.
7 1/2 Uhr: Die Dame vom Zirkus.
Palast-Theater
7 1/2 Uhr: Weinende Erben.
Oper in 3 Akte v. R. Danziger.
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.
Thalia-Theater
7 1/4 Uhr: Jungfer Sonnenschein
Th. am Nollendorfsplatz
7 1/2 Uhr: Die Puppe.
Theater d. Friedrichstadt
8 Uhr: So eine Frechheit.
Versicherung gegen Einbruch.
Ein Polsterabend.
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

Residenz-Theater.
Untergrund, Klosterstraße.
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 8 Uhr. Zum 180. Male:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die Frau des Debutanten.
Rose-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
O schöne Zeit, o selige Zeit
7 1/2 Uhr Gartenbühne:
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.

Moabiter Abteilungen 37-41
Sonntag, den 13. Juli:
Familienausflug nach Pichelswerder
Treffpunkt nachmittags 4 Uhr
im Lokal von „Vater Freund“.
Zu erreichen von Bahnhof Heerstraße oder
Spandau. 200/8

Ferien-Dampfer-Extrajahrten
von der Schillingsbrücke
nach Wernsdorfer Schleuse.
Täglich auch Sonntags Abfahrt vorm. 9 Uhr.
Restaurant zum
Oder-Spree-Kanal.
Paul Schwedler.

UT UFA

Schöneberg
Auf allgemeinen
Wunsch wiederholt!

Henny Porten
im Lustspiel
Auf der Alm...
Nollendorfsplatz
Die Sünderin
Filmnovelle mit
Erika Glässner
Friedrichstraße
Das Laster
Soziales Drama mit
Alfred Abel
Wochentags 6, 8 Uhr / sonntags 4, 6, 8 Uhr

Alexanderplatz
Weinbergweg
8. Woche
Die Verführten
nach dem Roman von
Hans Hyan
Regie: Carl Froelich
Hauptdarsteller:
Gertrud Welcker
Carl Auen
Eise Berna
Pietro Scholz
Max Adalbert
Hassenheide / Wollplatz
Die Geisha
und der Samurai
Die Tragödie einer
Morphinistin
Hauptrollen:
Gertrud Welcker
Ernst Deutsch
Wochentags 6, 8 Uhr / sonntags 4, 6, 8 Uhr

UFA Mozartsaal

Das Laster
Soziales Drama in 1 Vorspiel
und 3 Akten mit
Alfred Abel
Wochentags 6, 8 Uhr
Sonntags 4, 6, 8 Uhr

**KAMMER-
LICHTSPIELE**

Die Sünderin
Filmnovelle
in 5 Akten mit
Erika Glässner
Wochentags 6, 8 Uhr
Sonntags 4, 6, 8 Uhr

4. Woche mit Riesenerfolg!
**Das grösste deutsche
Lustspiel**
von Hanns Kräly
und Ernst Lubitsch

**Die Prinzessin
Kurfürsten
Damm**

REGIE:
ERNST
LUBITSCH
ON OSWALDA
HARRY LIEDTKE
VICTOR JANSON
JULIUS FALKENSTEIN
Wochentags 6, 8 Uhr
Sonntags 4, 6, 8 Uhr
Freikarten gelten nur
für die erste Vorstellung.
Vorverkauf: 12 bis 1 Uhr an der Tageskasse

Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach
pers. z. sprechen Potsdamer Str. 115.
(Lützowstr.) Langjähr. Erfah. Zuverläss. Rechtsbeistand in
Ehe-, Alimenten- u. Vertrauenssach., Gesuche, Verträge, Er-
mittlungen. — Beobachtungen. Tel. Lützow 2494

Verlängert!
**Lauentzien-
PALAST
MAX
LANDA**
in
**Die
Apachen**
Regie: E. A. Dupont
Hanni Weiger
Reinh. Schmidt

Central-Park
am Bf. Friedrichstr.
Schleifenbahn
Figur-8-Bahn
Berg- und Talbahn
Taifun-Rad
! Hippodrom-Noblesse!
Werktags ab 3, Sonnt. 4 U.

Vorzügliche Küche

Anton's Weinstuben
Am Untergrundbahnhof Stadtpark
Innsbrucker Straße 42.

**Seltene Weine
Künstler-Konzert.**

Preussische Klassenlotterie
Ziehung der 1. Klasse am 15. und 16. Juli 1919
noch abzugeben
1/2 10.50 21.— 42.— Mark und Porto
Dischlatis, Preuß. Lotterie-Einnehmer
Berlin C 2, Königsstraße 39, Ecke Klosterstraße

**Altkunst-
G.M.B.H.**
Berlin, Wilhelmstr. 409

Antiquitäten
Möbel-Porzellane
Gemälde-Gobelins

Ankauf Verkauf
Kostengünstige
Schätzungen
guter Stücke
— Telefon 3481
Fernruf 3481

**Bei
Husten, Heiserkeit, Verschleimung**
und vielen anderen, auch schweren, Hals- u. Lungenerkrankungen
sowie bei Grippe erleiden, wir jeder Mittelungen von
Bersten, Epithel- u. Endenben einwandfrei bewirken, unsere
Rotolin-Pillen
in jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.
Schädlich zu sein — der Schadstoff in allen Wechsellagen, wenn
nicht vorzeitig, auch direkt v. uns durch un. Verfabr. - Epith.
Kausfähliche Proben sind kostenlos.

Ploetz & Co., Berlin SW 68
Hauptvertriebsstelle für Rotolin-Pillen
Samueler-Apothek Berlin SW,
Rauenburger Str. 41, Moritzpl. 1815

Einmauer-Schränke
81/4 **bester Schutz gegen Einbruch.**
Panzer-Aktiengesellschaft
BERLIN N 20
Badstraße 89
Spezialfabrik für moderne Sicherungen
Geldschränke — Stahlkammern — Tresor-Türen
— Archiv- und Bibliothek-Regale —

Gegründet
1876.

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigau Str. 71-73a
empfehlen gute preiswerte Möbel.
Einrichtungen in jeder Preislage.
Ganz besonders große Auswahl in
Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern
jedem Geschmack entsprechend.
154 Masterräume. Lagerräume. 6666 m² gr.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands.
Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang.
Wochentags von 9-7 Uhr geöffnet.

Deutscher Eisenbahner-Verband
Bezirk Berlin.
Sonntag, den 12. Juli, vormittags 10 Uhr:
Versammlung
aller anlässlich des letzten Streiks entlassenen Eisenbahner
im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engländer 15.
Die Bezirksleitung.

**Verpachtung
eines Gemeindelotals.**
Das Gemeindelotal mit
Chausseefr. 272-276 mit groß-
gartenrestaurant u. Teil zum
Boothaus, Segelbahn und
Gemüsegarten soll vom 1. Okto-
ber 1919 auf 3 Jahre ver-
pachtet werden. Pachtabgabe
sind bis zum 20. Juli 1919 an
den hiesigen Gemeindevorstand
zu richten. 308/4

Berlin-Kariendorf,
den 5. Juli 1919.
Der Gemeindevorsteher.

!!! Geld !!!
Für jede Berufstät. höchste An-
kaufspreise für: Platinen,
Brillanten, Goldgegenstände,
Zepphe, Bücher ufm. Wollf,
Friedrichstr. 41 III, Ecke Rochstr.

**Die Mieteinigungsämter 4
und 10**
(umfassend den Bezirk der 2. und 10. Wohnungs-Inspektion)
— bisher Zimmerstraße 90/91 —
find nach Potsdamer Str. 40 verlegt.
Berlin, den 8. Juli 1919.
Deputation für Wohnungswesen.
Tgb.-Nr. 600. M. C. 9/19.

Vom 11. d. M. ab fallen die Schnellzüge D 37 Spa-Köln-
Hildesheim Hbf. ab 8.52 vorm. — Braunschweig Hbf. ab
9.49 — Magdeburg Hbf. ab 11.20 — Berlin Potsd. Hbf. an
2 Uhr nachmittags und D 38 Berlin Potsd. Hbf. ab 11 Uhr
nachm. — Magdeburg Hbf. ab 1.24 vorm. — Braunschweig
Hbf. ab 3.09 — Hildesheim Hbf. an 3.51 vorm. aus. Dafür
verkehren vom gleichen Tage ab die Schnellzüge D 31
Düsseldorf-Hildesheim Hbf. ab 1.36 nachm. — Braunschweig
Hbf. ab 2.33 — Magdeburg Hbf. ab 4.10 — Berlin Potsd. Hf.
an 6.26 und D 32 Berlin Potsd. Hf. ab 12.35 nachm. — Magde-
burg Hbf. ab 2.57 — Braunschweig Hbf. ab 4.39 — Hildes-
heim Hbf. an 5.22 — Düsseldorf.
Eisenbahndirektion Magdeburg.

Deutsche Hypothekbank (Actien-Gesellsch.) Berlin.
Teilrückzahlung der 4 1/2 % Hypothekendarlehen Serie 17.
Von den im Jahre 1907 verausgabten M. 2000000
unserer 4 1/2 % Hypothekendarlehen Serie 17 kündigen
wir hiermit einen Teilbetrag von M. 10 000 000 und zwar
die mit dem Ausstellungsdatum 15. Juli 1907 versehenen
Stücke zur Rückzahlung am 31. Oktober 1919.
Die Einlösung erfolgt am 31. Oktober 1919 zur
Neuwert zuzüglich 4 1/2 % Zinsen vom 1. Juli bis 31. Ok-
tober 1919 durch Vermittlung der Banken und Bankiers
oder direkt an unserer Kasse, Berlin NW. 7, Doro-
theenstraße 44. Wir sind bereit, die gekündigten Stücke
schon jetzt mit Zinsen bis zum Einlösungstage zurück-
zahlen. Ausführliche Bekanntmachungen sind bei den
Banken und Bankiers erhältlich.
Berlin, den 10. Juli 1919.
Deutsche Hypothekbank (Actien-Gesellschaft).
Dr. Hirte. Dr. Lippelt. 152/3

**Wie
Satan starb**
Roman von
Art. Landsberger
Geb. M. 7.—, geb. M. 10.—
10% Buchhändlerzuschlag
Kein Berliner Roman

**A. Landsbergers
Berliner
Sittenromane**
200000 Exemplare
in einem Jahre verkauft!
*Lu, die Kokotte / Millionäre
Um den Sohn / Hilde Simon
Moral / Lachs, Bajazzo!*
Jeder Roman geb. 9 M., geb. 12 M.
10% Buchhändlerzuschlag
Brillant geschrieben, fesselnd und
künstlerisch vollkommen reif.
Frank Wedekind.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung
Georg Müller Verlag
München, Elisabethstr. 26

Zigaretten
in kleinen Quantitäten, a. 20
und m. 20, gibt ab Zigaretten-
fabrik Schwedler Straße 13.
Tel.: Norden 1366. 349/2

Kautabak
in Rollen und Stangen
aus reinem Tabak.
**Zigarren
Zigaretten**
jeden Posten an
Restaurateurs,
Kantinen u. Hotels
abzugeben in den
Zigarren-Geschäften
Friedrichstr. 243 (Halt. Tor)
Alexanderstr. 9 (beim Pol.-Pr.)

Admirals-Palast.
Die Arena bleibt
heute geschlossen.
Sonntag, 12. Juli:
Erster Tag der großen
Intern. Ringkämpfe.

Admirals-Kino.
Die Schuld
mit Henny Porten.

Reichshall-Theater
Gastspiel d. berühmten
Dresdener
Victoria-Säng.
Ständig neues
Programm.
1. u. 8. Wieder-
auftreten d. Stettiner Sängers.

**MARMOR
HAUS**
Direktion
Siebert Goldschmidt
Kurfürstendamm 236

Wegen des
Riesenerfolges eine
Woche verlängert!
IKARUS
Der Roman einer
Geheim-Agentin
in 6 Akten
mit
**Ernst Hofmann
Esther Carena**
Außerdem:
Krause als Detektiv
Film-Lustspiel in 2 Akten.
Hauptdarsteller:
**Karl Neißer
Richard Senius**

BTL
Potsdamer Str. 38
**Die Finsternis
und ihr
Eigentum.**
Turmstr. 12
Henny Porten
im Drama
Die Schuld.
Friedenau, Rheinstr. 14
Andern
als die Andern.
Alexandereplatz-Passage.
Eva May in:
Stürme — Ein Mädchen-
schicksal.

APOLLO
Friedrichstraße 215
Dir.: James Klein
7 1/4 Sonntag 7 1/2
3 1/2
Letzter Gast-
spiel-Monat
der Gesellschaft
Anton

Herrnfeld
mit der neuesten
Schlager-Burleske
**Nur nicht
schießen**
Vorh. Spezialitäten!
Sonnt. 3 1/2, d. Erwachs.
1 Kind frei!

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

METROPO
**KABARETT
DEHNENSTR. 53**
Dichterschlacht
zwischen
Paul Stelmitz
und Paul Förster
um d. Meistertitel.
Dr. Allos, De Canova
Baret & Wallis
Otto Seelische
Klein-Rosa
Rosl Kerner
Am Flügel: Henschel
Conf. Flatow
Kapelle Neumann

Dr. Grütering
Spezialarzt.
Invalidenstraße 35
Ecke Chausseestraße am
Stettiner Bahnhof.
11/11-1.5-17, Sonnt. 11-12.

**BRAUNES
DIELE**
ALEXANDERSTR. 53
Fritz Berger und
Minna Revorely
im Duett
Dr. Allos
Paul Coradini
Ernst Warlitz
Eva Warlitz
Conf. Willi Horwitz
Am Flügel: Savade

Der ehrliche Herr von Jena.

Im „Vorwärts“ vom 29. Juni veröffentlichten wir eine Zuschrift von Offizieren, die mit den Worten schloß: „Wer sind die Offiziere der ehemals königlich preussischen Armee und der ehemals kaiserlichen Marine, die Wilhelm II. in alter unverbrüchlicher Treue anhängen werden bis zum Tode, wo sind sie, die von den Volksgenossen abdrücken, welche für die Unterzeichnung des Friedensvertrages gestimmt haben, von denen sie eine unüberbrückbare Kluft trennt? Namen heraus!“

Auf diese Frage besitzt ein Herr von Jena, Hauptmann der Reichswehr und Adjutant, Potsdam, Burggrafstraße 29, den Mut, uns folgende Zeilen zu schreiben:

„Aus Offizierskreisen soll diese Anfrage stammen? Ich will's nicht abstreiten, behaupte aber, daß diese Hauptmann Offiziere, die diese Frage gestellt haben, entweder keine Offiziere aus der alten königlich preussischen Armee oder kaiserlichen Marine gewesen sind, oder, sollten sie es wirklich sein, niemals den Anspruch erheben können, sich als unsere Kameraden zu bezeichnen. Doch diese Frage, die diese Herren gestellt haben, ist sehr leicht zu beantworten: 99 Proz. aller Offiziere, die ihrem König den Treueid geleistet haben, an den sie sich, trotzdem sie der König einbunden hat, gottlos immer noch halten, würden auf diese Frage ihre Namen nennen. (Waher ist er der einzige! D. Red.) Sollte ich mich etwa scheuen, den Fragesteller meinen Namen zu verbergen? Oder will man mir etwa einen Strich drehen, der ich mich heute in der Reichswehr als Offizier befinde?“

Pact Euch, Ihr Revolutionäre, Ihr wißt gar nicht, was Treue bedeutet! Euch zu Liebe erfülle ich doch nicht meine Pflicht, allein meinem Vaterlande, das Ihr systematisch zum Zusammenbruch gebracht habt. Mit mir gehen alle meine Kameraden Euch so himmelweit entfernt gegenüber, und trennt eine so unüberbrückbare Kluft, daß, wenn wir überhaupt jemals zusammenkommen sollen, Ihr Euch von Grund auf ändern müßt, indem Ihr einseht, daß Ihr allein diesen Schmachfrieden dem deutschen Volke geschenkt habt. Ihr seid die Verräter an der deutschen Sache gewesen, deshalb seid Ihr auch unsere Feinde, die wir mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen, und wir lassen Euch die Freude, Euch mit den neugierigen „Offizieren“ solidarisch zu erklären. Wir meinen ihnen keine Träne nach.“

So offen und ehrlich schreibt der Herr von Jena, und so dumm zugleich, denn nicht wir, nicht die, die er mit anerkanntem Mut verhöhnt, sondern er und seines Gleichen sind die Herren von Jena — jenes fürchterlichen Jena, welches das kaiserliche Deutschland in diesem Weltkriege erlitten hat. Ob wir ihm einen Strich drehen wollen? Das persönliche Schicksal des Herrn von Jena interessiert uns nicht. Wir wünschen ihm persönlich sogar ein besseres, als er und seinesgleichen über das deutsche Volk gebracht haben. Nur eins wird er einsehen müssen: daß er in der republikanischen Armee des neuen Deutschland nichts zu suchen hat! Soll er also gehen und gleich die „Kameraden“ seines Schlags mitnehmen, und wir wollen ihm zugestehen, daß wir noch mehr Achtung vor ihnen haben, als vor dem von ihnen geliebten Herrn und Meister, der als Ausreißer nur die Treue von Narren verdient.

Wer ändert eine Grube gräbt . . .

Die alldeutsche Presse kreischt in höchsten Tistelönen, um die deutschen Bürger auf ihre Entrüstung über das Verhalten der Entente, den Kaiser vor ein alliiertes Gericht zu bringen, aufmerksam zu machen.

Weit weg weist sie alle Gemeinschaft mit den Kreisen im Ententelager, die die verruchten Gedanken der Kaiser-auslieferung gefaßt haben.

Wie lang sie aber noch 1917? Der „Bund zur Wahrung deutscher Volksehre“ ließ damals seine „Friedensbedingungen“ durch die alldeutsche Presse gehen.

Da lesen wir u. a.: „Die Justizier des Krieges: Sir Edm. Grech, Asquith, Lloyd George usw. werden der deutschen Regierung zur Beurteilung ausgeliefert.“

Was du nicht willst, das man dir tu . . .

Die Gerüchte über Wissells Nachfolger.

Alle Nachrichten über den Nachfolger des Reichswirtschaftsministers Wissell sind falsch. Es muß erneut darauf hingewiesen werden, daß bis jetzt nicht einmal ein Abschiedsgesuch des Ministers vorkommt.

Der Luga-Ordnitz-Zwickauer Kohlenstreik beendet.

Berlin, 10. Juli. Im letzten Augenblick ist es gelungen, die Bundesrepublik Sachsen vor einer schweren wirtschaftlichen Katastrophe zu bewahren. Der Streik im Luga-Ordnitz-Steinkohlenrevier und im Zwickauer Revier ist beigelegt. In Zwickau ist heute früh die Arbeit wieder aufgenommen worden. In Luga-Ordnitz sollte sie heute mittag wieder aufgenommen werden. Der Streik hat, wie bereits gemeldet wurde, trotz seiner kurzen Dauer schwere Folgen ausgelöst. Der Güterverkehr mußte wegen des Kohlenmangels eingestellt werden und die Einstellung des Personenverkehrs stand für Freitag abend bevor. Nach der Arbeitswiederaufnahme in den Bergwerken wird der Güterverkehr voraussichtlich bald wieder in Fluß kommen und die Einstellung des Personenverkehrs wahrscheinlich vermieden werden können. Ob die Einführung des Sommerfahrplans möglich sein wird, steht noch dahin.

Der Streik in Schlefien.

Aus Breslau erfahren wir: Die Lage im Eisenbahnerstreik in Larnowitz und im Streik im Rybnicker Revier ist unverändert. Es streifen nach Anna-Donnersmard, Westböhmische Bergbau und Charlotten-Grube. Der Streik in Myslowitz ist heute erloschen. Es kam zu kleineren Ausschreitungen. Eisenbahnlinien wurden herausgerissen, doch ist der Schaden bereits wieder behoben.

Der Eisenbahnerstreik.

In Hamburg ist der Eisenbahnerstreik ebenso wie in Harburg beendet. Das Militär wurde zurückgezogen. In Hannover ist alles ruhig.

Der Ausschuss der Nationalversammlung für die außerordentliche Kriegsbudgets für 1919 und die Kriegsbudgets vom Vermögenswachstum begann am Donnerstag seine Beratungen. Unterstaatssekretär Wissell sagte auf Grund von Anregungen aus dem Ausschuss zu, daß zur Beratung über die kommende große Vermögensabgabe eine klare Aufstellung vorgelegt werden würde, die eine zusammenhängende Übersicht der gesamten Besteuerungen geben würde. Angenommen wurde ein Antrag Keil (Soz.), der Steuerfreiheit bis zu 3000 M. des Reineinkommens zuläßt, aber nur, wenn das Kriegseinkommen nicht mehr als 30 000 M. beträgt. Die Mehrheitsparteien brachten zwei neue Vorschläge (Antrag Keil und Antrag Dornburg) ein.

Das neue Sprachrohr der Regierung. Unsere gestrige Notiz über die Mitarbeit sozialdemokratischer Minister am „8-Uhr-Abendblatt“ bedarf infolgedessen einer Berichtigung, als der preussische Finanzminister Genosse Dr. Sadekum nicht im genannten Blatte schreibt.

Im Tabaksteuerzuschuß der Deutschen Nationalversammlung beantragte der Sozialdemokrat Schlüter, die Vorlage zu verlegen und die Regierung aufzufordern, eine Denkschrift über die Einführung des Tabakmonopols vorzulegen. Auch der Sozialdemokrat Stod befürwortete das Monopol. Bei den übrigen Parteien und auch bei der Regierung fand dieser Gedanke indessen keinen Anklang. Finanzminister Erzberger führte aus, daß aus einem Monopol keine Mehrerinnahme für das Reich herauskommen würde. Er bekannte sich zu der Auffassung, daß in das Gesetz genügend Schutzbestimmungen für die Arbeiter aufgenommen seien. Der Ausschuss trat in die materielle Beratung der Vorlage ein. Bemerkenswert war ein Zwischenfall im Zentrum; während sich z. B. der Abgeordnete Hofmann, allerdings ohne schon endgültig Stellung nehmen zu wollen, zunächst für die Naturversteuern aussprach und gegen die Vondersteuer, für welche die sozialdemokratischen Abgeordneten Schlüter und Stod gerade im Interesse der Arbeiterschaft und der Verbraucher eintraten, meinte Abgeordneter Dr. Spahn, daß die Steuermoral für die Vondersteuer spreche.

In der Grundwechselfteuerkommission der Nationalversammlung wurde der § 1 des neuen Grundwechselfteuergesetzes mit allen gegen eine unabhängige Stimme in der ersten Lesung angenommen.

Nationalversammlung zu Weimar

53. Sitzung vom 10. Juli 1919.

Am Regierungstisch: Dr. Preuß, Kossle, Erzberger, Mayer-Kaufbeuren.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 3 Uhr 25 Minuten. Die Beratung des Verfassungsentwurfs wird bei dem stehenden Abschnitt, Rechtspflege, Art. 101—106, fortgesetzt.

Verichterstatter Abg. Dr. Spahn (Zentr.).

Art. 101 bestimmt: Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird durch das Reichsgericht und die Gerichte der Länder ausgeübt. Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen.

Dazu liegt ein Antrag Agnes (U. Soz.) und Genossen vor, der für die Ausübung der Gerichtsbarkeit nach dem Reichstagswahlrecht zustande gekommene Volksgerichte verlangt, denen auch die Soldaten unterworfen sind. Militärgerichte und Ausnahmegerichte jeder Art sind verboten.

Abg. Henke (U. Soz.): Nur durch die Einsetzung von Volksgerichten, d. h. durch die Wahl der Richter, kann der Klassenjustiz ein Ende gemacht werden, und das tut jetzt doppelt not. Wenn an einzelnen Orten von revolutionärer Seite aus in etwas drastischer Weise Justiz geübt worden ist, dann haben diese Revolutionäre nur von einem Mittel Gebrauch gemacht, das sie (nach rechts) ihnen erst in die Hand gegeben haben. (Gelächter.)

Staatskommissar Preuß:

Ich glaube, das hier vorgeschlagene rein politische Reichstagswahlrecht ist alles eber als geeignet, eine von allen nicht zur Rechtspflege gehörigen Einflüssen freie Justiz zu schaffen. (Nicht richtig!) Wenn man dem Ideal einer möglichst klassenlosen Justiz näherkommen will, so gibt es dazu kein sichereres Mittel, als neben der freien Auslese der Richter, wie sie im Gerichtsverfassungsgesetz geregelt werden wird, die

Unabhängigkeit der Richter

zu sichern, während der Antrag der Unabhängigen alle Garantien in dieser Beziehung beseitigen würde. (Beifall.)

Abg. Heine (D. Sp.): Vom Boden der Tatsachen, nicht der Theorien aus gesehen, haben wir eine außerordentlich hochentwickelte Rechtspflege; namentlich die des Reichsgerichts kann sich mit der aller Zeiten und aller Völker messen. Eine solche Justizpolitik wird aber durch die Wahl unmöglich gemacht; sie vermag eine vernünftige Ausbildung der Richter nicht zu gewährleisten. Auch kommt der Richter unter die Herrschaft der Parteien und Programme. Er verliert damit die Unabhängigkeit.

Abg. Warmuth (Dnat. Sp.): Der gelehrte Richter steht in seinem unvereinbaren Gegensatz zu dem Volkrichter. Wir brauchen eine objektive Justiz

und die gewährleistet ein solcher Richter. Die Verpflichtungen, die ein gewählter Richter bei der Wahl übernimmt, würden seine Entscheidungen binden.

Abg. Rappstein (Soz.):

Wir können dem Antrag der Unabhängigen nicht zustimmen, denn hier sollen Richter auf Grund des Reichstagswahlrechts gewählt werden. Der Abg. Henke hat recht mit seinen Ausführungen über

die Klassenjustiz.

Was dagegen von der rechten Seite dieses Hauses vorgebracht worden ist, entspricht nicht den Tatsachen. Was der Antrag der Unabhängigen will, ist

eine Klassenjustiz durch eine andere beseitigen.

Denken Sie doch an den von den Groß-Berliner Arbeiterräten gebilligten Grundlag- Arbeitgenossen wegen ihrer politischen Bestimmung ausstoßen zu dürfen! Leute, die solchen Grundlaggen zustimmen können, verfügen nicht über die Reife und das Verantwortlichkeitsgefühl, das die Vorausbildung zur Ausübung des Richter-amtes ist. (Beifall.) Unabhängige als Richter sind noch lange keine unabhängigen Richter. (Recht. Zustimmung.)

Das heutige Beamtenrichtertum ist aber auch kein Ideal. Berufsrichter und Volkrichter müssen zusammenwirken. Das geeignete Element können wir gewinnen durch zweifelhafte Ausbau der staatsbürgerlichen Erziehung,

durch rechtswissenschaftliche Aufklärung möglichst breiter Massen. Wo die Richterwahl eingeführt ist, haben wir keineswegs vorbildliche Zustände. (Beifall.) Beispielsweise habe ich in der Schweiz gefunden, daß bei den Richterwahlen das parteipolitische Element in den Vordergrund tritt. Bei der Durchführung des unabhängigen Antrages würden wir die Gefahr schaffen, daß die Juristen bei

der Partei antihandbieren,

die die Lemter zu vergeben hat. In dieser Hinsicht haben wir seit dem 9. November allerlei erlebt. (Andauernde Zustimmung S. d. Dnat. Sp.)

Abg. Dr. Abies (Dem.): Der Richter ist in der Tat vielfach als Beauftragter eines bestimmten Standes hervorgetreten. Zum schließe für das Verständnis des Standpunktes anderer Schichten der richtige Blick. Der von dem Abg. Henke vorgeschlagene Weg zur Sicherung einer unabhängigen Rechtspflege würde aber geradezu die Grundlagen der Unabhängigkeit des Richters erschüttern. (Zustimmung.) Die Wahl würde Kauf des Amtes im schlichten Sinne des Wortes bedeuten, der unmögliche Weg, den es geben kann. (Zustimmung.) Die Rechtspflege der Zukunft soll gegründet sein auf dem Glauben an die Demokratie. Demokratie, die Achtung vor allem, was Menschenanständig trägt, die Achtung auch vor der Meinung der anderen wird fortan die sicherste Grundlage für unabhängigen Volkrichter sein. (Beifall.)

Abg. Henke (U. Soz.): Wie sieht sich Herr Rappstein mit dem Ersuzter Programm auseinander?

Abg. Rappstein (Soz.): Dem Herrn Vordredner könnte ich zunächst erwidern, daß Programme nicht ewig sind. (Abf. bei den U. Soz.) Weiter aber steht im Ersuzter Programm kein Wort davon, daß die Richter auf Grund der Reichstagswahlen gewählt werden sollen.

Abg. Dr. Kieffer (D. S. P.): Es gibt auf der ganzen Welt kein Volk, das über so

unparteiische Richter

verfügt wie das deutsche. Aber Sie (zu den U. Soz.) wollen ja überhaupt von unabhängigen Richtern nichts wissen. Sie arbeiten lieber mit dem Terror, mit der Strafe, und deswegen wollen Sie gewählte Richter, die abhängig sind von Ihrer Parteipolitik.

Abg. Henke (U. Soz.): Herr Rappstein kann ich nur erwidern, daß selbst Mehrheitssozialistische Blätter, wie z. B.

das „Hamburger Echo“,

in der Beurteilung unserer Forderungen einen anderen Standpunkt einnehmen als er.

Abg. v. Brentano (Z.): Unser Richterstand hat wirklich eine bessere Beurteilung verdient. Im übrigen werden auch Sie (zu den U. Soz.) nicht bestreiten können, auch ein Wahlrichter wird durch die Wahl nicht plötzlich ein höheres Wesen, sondern er bleibt denselben Schwächen und Irrtümern unterworfen wie der ernannte Richter. Die Unabhängigkeit und die Unabsehbarkeit der Richter ist die Grundlage unserer Rechtspflege, und die muß unter allen Umständen erhalten werden. Gemäß kommt dem Potential in der Rechtspflege ein größerer Einfluß eingeräumt werden.

Artikel 101 wird unter Ablehnung des Antrages Agnes (U. Soz.) in der Ausschlußfassung angenommen.

Artikel 102 (Ernennung der Richter auf Lebenszeit; Zulässigkeit der Festsetzung einer Altersgrenze für Richter durch die Landesgesetzgebung) wird ohne Erörterung angenommen.

Artikel 103 bestimmt:

Ausnahmsgerichte sind unstatthaft.

Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsgerichte und Standgerichte werden hieron nicht berührt.

Artikel 104 bestimmt: Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben, außer für Kriegszeiten. Das Nähere regelt ein Reichsgesetz. Die unabhängigen Sozialdemokraten beantragen die Streichung dieser beiden Artikel in Konsequenz ihres Antrages wegen der Volksgerichte.

Die Sozialdemokraten Tuer u. Gen. beantragen: Die Militärgerichtsbarkeit ist aufgehoben (statt aufzuheben).

Abg. Groeber (Z.) beantragt zu Art. 103 den Zusatz: die militärischen Ehrengerichte sind aufgehoben und in Artikel 104 die Einschaltung, daß die Militärgerichtsbarkeit auch für die Verhältnisse an Bord bestehen bleibt.

Abg. Groeber bekräftigt seinen Antrag mit dem Widerspruch, der in den militärischen Ehrengerichten liegt.

Der Zweikampf

sei mit Strafe bedroht, aber das militärische Ehrengericht würde durch den Ehrenrat bei der Begehung dieser strafbaren Handlung mit.

Preussischer Kriegsminister Reinhard: Es ist beabsichtigt, eine Disziplinarkammer für das Heer neu einzurichten. Dadurch erscheint es besser, die Aufhebung der Militär Ehrengerichte nicht in das Verfassungsrecht hineinzubringen.

Reichswehrminister Kossle: Die Militärgerichtsbarkeit sofort aufzuheben, ist unmöglich. Beschließt die Versammlung in der von der Kommission vorgeschlagenen Form, so werden wir die geforderte Änderung möglichst beschleunigen. Das Gesetz wird so rasch wie möglich ausgearbeitet werden. Innerhalb acht Tagen

die Militärgerichtsbarkeit aufzuheben,

ist gatt unmöglich. Denn alle jetzt schwebenden Fälle müßten an die Zivilgerichte übermiesen werden und würden dadurch eine außerordentliche Verschleppung zum großen Nachteil der Angeklagten erfahren. Eine Verschlechterung des Rechts ist doch aber nicht beabsichtigt. Es muß eine gewisse Uebergangszeit gelassen werden. Die Regierung gibt die Versicherung ab, daß diese Uebergangszeit so kurz wie irgend möglich bemessen sein soll.

Abg. Hall (Dem.): Aus unserer Weltanschauung heraus sind wir gegen jedes Ausnahmegesetz, Ausnahmegerichte und Verfahren, von den Militär Ehrengerichten wird allerdings zu viel Wesen gemacht.

Die Angehörigen des Heeres

sollen sich als Söhne des Volkes fühlen und als nichts Anderes. Mit der Schlagfertigkeit des Heeres hat die Militärgerichtsbarkeit nichts zu tun.

Abg. Graefe (Dnat.): Im allgemeinen haben die Kriegsgerichte milde und wohlwollend geurteilt. (!) Sie dürfen durch die neue Verfassung nicht beseitigt werden, wenn unser Heer in Zukunft nicht nur Polizeitruppe sein wird. Die Reform der Militärgerichtsbarkeit halten auch wir für nötig. Die Ehrengerichte sollten überhaupt nicht nur für Offiziere, Aerzte und Artwäte, sondern z. B. auch für Minister bestehen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Graf zu Dolna (D. Sp.): Die militärischen Ehrengerichte dürfen nicht aufgehoben werden, weil sie zur

Aufrechterhaltung des Ehregefühls

im Heere nötig sind. Die Militärstrafgerichtsbarkeit darf ebenfalls nicht ein Opfer der Augenblicksmeinung werden.

Abg. Davidsohn (Soz.): Dem Antrag Groeber auf Aufhebung der militärischen Ehrengerichte stimmen wir in dem Sinne zu, daß ihre etwaige Wiedereinführung, die ich allerdings für ausgeschlossen halte, nur auf verfassungsmäßigem Wege, also nur mit qualifizierter Mehrheit möglich sein würde.

Es ist Ehre,

und jede Sonderehre ist keinen Schutz Pulver wert. (Beifall bei den Soz.) Im Vertrauen darauf, daß das Gesetz über die Aufhebung der Militärjustiz mit größter Beschleunigung kommen wird, ziehen wir unseren Antrag zurück.

Abg. Dr. Delbrück (Dnat.): Diese Reform kann durch gewöhnliches Gesetz gemacht werden, aber nicht durch die Verfassung. Ich möchte namentlich vor der Beseitigung der militärischen Ehrengerichte. Das wäre ein

Ausnahmsgesetz gegen den Offiziersstand.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Gerade die Wirksamkeit der Militärgerichte seit dem Wiedauf des Massenstillstandes beweist die Notwendigkeit ihrer Aufhebung. Die Erklärung des Reichswehrministers genügt nicht. Die militärischen Ehrengerichte haben bei Plünderungen der Offiziere im Kriege vollständig versagt.

In der Abstimmung wird Art. 103 mit dem Antrag Groeber auf Aufhebung der militärischen Ehrengerichte angenommen. Der Antrag Groeber wegen Aufrechterhaltung der Militärgerichtsbarkeit an Bord wird durch Auszählung mit

124 gegen 100 Stimmen

angenommen. Mit dieser Änderung wird Art. 104 angenommen. Ebenso die Entscheidung des Ausschusses.

Preussischer Kriegsminister Reinhard: Herr Dr. Cohn hat erklärt, die alten Ehrengerichte hätten besonders deshalb ihren Daseinszweck verlohren, weil sie nicht zu verhindern vermochten, daß Offiziere in Kriegs Befehlungen aller Art begangen hätten, und er hat das erweitert zu ganz allgemeinen Vorwürfen gegen die Offiziere. Ich muß das in dieser Verallgemeinerung (!) auf das schärfste zurückweisen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Ich habe nicht allgemeine Verdächtigungen gegen die Offiziere ausgesprochen, sondern ich habe gesagt: in den zahlreichen nachweisbaren und nachgewiesenen Fällen, in denen

Offiziere ehrlöse Handlungen

während des Krieges begangen haben, haben die Ehrengerichte versagt und

das hatte ich aufrecht.

Preussischer Kriegsminister Reinhard: Dann kann ich den Herrn Abgeordneten nur bitten, einen dieser sehr zahlreichen Fälle mit namhaft zu machen, damit wir der Sache nachgehen können. Hierauf verliert sich das Haus.

Gewerkschaftsbewegung

Tarifverhandlungen zwischen den Gemeinden Groß-Berlins und den Vertretern der städtischen Arbeiter.

Gestern, Mittwoch, vormittags 9 Uhr, traten im Berliner Rathaus die Vertreter der Gemeinden Groß-Berlins mit den Vertretern der städtischen Arbeiter zusammen, um über die Anträge der Arbeiter auf Erhöhung der Löhne und Verlängerung des Tarifvertrages zu beraten. Zurzeit bestehen für die städtischen Arbeiter 8 Lohngruppen, deren jede wiederum in 7 bis 12 Lohnklassen gegliedert ist. Der Antrag der Arbeiter, in Zukunft nur noch eine Lohngruppe, die aus etwa 10 bis 12 Lohnklassen bestehen soll, zu führen, wurde nach längerer Beratung angenommen. Es werden demnach in allen Betrieben, also auch in den Kranken- und Pflegeanstalten, die gleichen Lohnsätze gewährt, allerdings werden dann die in diesen Betrieben für Kost, Kleidung, Wohnung usw. in Anrechnung kommenden Beträge eine Erhöhung erfahren.

Des weiteren fand Annahme eine Anzahl von den Arbeitern gestellten Anträgen, die eine Verbesserung bezw. Vereinfachung der tariflichen Bestimmungen herbeiführen werden.

Keine Einigung wurde erzielt über die allgemeine Erhöhung der Lohnsätze.

Herr Stadtrat Dr. Seck gab vielmehr im Namen der Gemeindeverwaltungen die Erklärung ab, daß die Gemeinden sich außerstande sähen, die gestellten Forderungen zu bewilligen, die allein für die Gaswerke der Stadt Berlin eine neue Belastung von 18 Millionen Mark und demnach für sämtliche städtische Arbeiter Berlins nahezu den dreifachen Betrag erfordern müßte. Die Gemeinden stehen auf dem Standpunkt, daß jetzt mit weiteren Lohnerhöhungen halt gemacht werden müsse; sie erklärten sich bereit, die jetzigen Lohnsätze noch bis zum 1. Oktober weiter zu gewähren zu wollen, obwohl eine Senkung der Warenpreise jetzt ernstlich herbeigeführt werden würde.

Der Vorsitzende des Gemeindegewerkschaftsverbandes, Genosse Friedrich Müntner, richtete an die Gemeindevertreter die Frage, ob das ihr letzte Wort in dieser Angelegenheit sei! Werde diese Frage bejaht, dann haben weitere Verhandlungen an dieser Stelle keinen Zweck, da der Abstand zu groß sei, um zu einer Verständigung zu gelangen. Müntner beantragte zugleich im Namen der Arbeiter, die Angelegenheit sofort dem Zentralausschuß zu unterbreiten, der in kürzester Zeit zusammenzutreten und zu entscheiden haben werde. Die Gemeindevertreter erklärten nunmehr auch ihrerseits, den Zentralausschuß behufs Schlichtung anzurufen. Wie uns mitgeteilt wird, ist die Anrufung dieser Instanz sofort erfolgt und dürften die Verhandlungen dortselbst baldigt beginnen.

Einige Anträge, die nicht von den Organisationsinstanzen, sondern nur von einigen Arbeitergruppen bezw. Versammlungen gestellt wurden, kamen nicht zur Verhandlung, weil die Vertreter der Gemeinden erklärten, nur über Anträge und Forderungen zu verhandeln, die von der Gesamtheit der Organisation gestellt und gedeckt werden.

Wir hoffen, daß durch beiderseitiges Entgegenkommen eine Verständigung erzielt werden wird.

Erste Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die am 6. Juli in Nürnberg tagende Sitzung wurde von Legien eröffnet und zunächst als Revisoren die Genossen Blum, Sah und Urban gewählt. Sodann wurde eingehend die Regelung der Gewerkschaftsverhältnisse in den besetzten östlichen Gebieten beraten.

Auf Antrag des Vorsitzenden des Deutschen Buchbinderverbandes wurde beschlossen, daß Angehörige des Bundesvorstandes künftig politische Mandate nur mit Zustimmung des Bundesausschusses annehmen dürfen.

Für die Regelung der Gehälter der Angestellten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde eine Gehaltskommission eingesetzt, die zugleich die Fragen der Pensionierung und der Vereinigung der bestehenden Unterstützungskassen prüfen und Vorschläge machen soll.

Weiterhin wurde die Einsetzung einer Kommission gewählt, um eine Neuordnung für die gezielte Regelung der Arbeitszeit zu prüfen und geeignete Vorschläge dafür zu machen, die dem Reichsarbeitsministerium zu unterbreiten sind.

Ueber den Erlaß eines Auswanderungsgesetzes machte Jansson einige Mitteilungen, die die Berücksichtigung gewerkschaftlicher Forderungen und die Bekämpfung gemeinschaftlicher Unternehmungen auf diesem Gebiete betrafen. Es ist ein Reichswanderungsamt eingesetzt und die gewerkschaftliche Stellenvermittlung für das Ausland soll verboten, jede andere Stellenvermittlung und Auskunftsverteilung behördlich konfiszieren werden. Es wurde in der Aussprache hierüber gewünscht, die Ein- und Auswanderungstragen auf der bevorstehenden internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam zur Erörterung zu bringen. Die deutschen Gewerkschaften sollen auf diese wichtigen Dinge aufmerksam gemacht und zur Uebernahme der Auskunftsverteilung angeregt werden. Auch soll für eine stärkere Vertretung der Gewerkschaften gesorgt werden.

Ferner legte die Redaktion des Gewerkschaftlichen Nachrichtenbundes den Gewerkschaftsvorständen eine regelmäßige und aktuelle Berichterstattung nahe.

Es wurde angeregt, die Referate des Gewerkschaftskongresses über die Sozialisierungsfrage im Sonderdruck herauszugeben. Das Bedürfnis hierfür soll durch Rückfrage bei den Verbandsvorständen festgestellt werden.

Der Schiedspruch im Bankgewerbe.

Die Angestellten der Dresdner Bank, die Donnerstagabend eine Versammlung im großen Saale der „Philharmonie“ abhielten, lehnten den Schiedspruch fast einstimmig ab und beauftragten ihren Ausschuß, bei der Direktion die Gewährung einer Wirtschaftshilfe von M. 1500 für Verheiratete und M. 1000 für Ledige zu beantragen.

Ein Heißsporn.

„Die Bundeswarte“, das Organ der Sozialen Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst, enthält in ihrer Nummer vom 5. Juli eine längere Abhandlung, in der der verantwortliche Redakteur des Blattes, Herr Kamossa, dem „Vorwärts“ zu unterstellen sucht, er verteidige die Regierung, anstatt sie, die unteren Beamten, zu unterstützen. Herr Kamossa glaubt diesen Vorwurf gegen uns aus der Tatsache herleiten zu sollen, daß wir ein uns überhandnehmendes Mundschreiben der Sozialen Arbeitsgemeinschaft nicht veröffentlicht, dagegen einer gegen dieses Mundschreiben gerichteten Zuschrift Raum gegeben haben. Das Schlimmste aber scheint zu sein, daß der „Vorwärts“ eine längere Erklärung der Sozialen Arbeitsgemeinschaft gegen den Einlass der veröffentlichten Zuschrift nur im Auszug wiedergegeben habe. Herr Kamossa, der selbst Kandidat der Rechtssozialisten zur Rationalversammlung gewesen zu sein, droht nun, indem er meint, es sei hohe Zeit, daß die Kollegen aufgefordert würden, sich ernsthaft zu überlegen, ob ihr Beitritt zu den Rechtssozialisten, der jetzt so massenhafte erfolge, wirklich ihrem Interesse entspreche.

Wir können im Augenblick nicht beurteilen, inwieweit Herr Kamossa legitimiert ist, die Rechtssozialisten und den „Vorwärts“ politisch zu verdächtigen. Es wenden sich heute viele Zeitgenossen gegen den „Vorwärts“, auch solche, die noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit im bürgerlichen Lager standen, und unser Blatt bis heute noch nicht kennen. Wir können auf solche Urteile natürlich nicht unsere politische Haltung einstellen, sondern müssen uns stets fragen, wie nützlich wir heute dem Gesamtwohl und damit dem Sozialismus am meisten. Dem Urteil des Herrn Kamossa über den „Vorwärts“ könnten wir ebenso gut zahlreiche Anerkennungen gerade aus den Kreisen der unteren Beamten entgegenstellen, in denen die Tatsache, daß der „Vorwärts“ sich stets mit Nachdruck ihrer Interessen angenommen hat, lobende Anerkennung findet.

Wenn Herr Kamossa nach dem 9. November auf den falschen Weg abgeirrt zu sein glaubt — nun, wir können ihm nicht helfen. Vielleicht wäre es aber gut, wenn der Herr zunächst einmal Zeit gewönne, um mit sich selbst ins Reine zu kommen, anstatt die Mitwelt vornehmlich mit seinem Urteil über den „Vorwärts“ und die Rechtssozialistische Partei zu behelligen.

Lohnbewegung der Flaschenmacher.

Unter den deutschen Glasarbeitern ist eine lebhafteste Bewegung für die Verringerung der Akkordarbeit entstanden. Die ungenügende Ernährung der Arbeiterschaft und die besonders im Sommer herrschende große Hitze in der Glashütte haben die Gesundheit der Arbeiter stark beeinträchtigt und die Sterblichkeit hat ungeheuer zugenommen. Vor das Durchschnittsalter der Glasarbeiter bisher 41 Jahre, so wird es durch die gegenwärtigen Verhältnisse stark herabgedrückt, und es besteht alle Veranlassung, daß nicht nur die Arbeiter, sondern unsere Wirtschaftspolitiker, die Regierung und auch die Industriellen alles tun, um die Gesundheitsverhältnisse der Glasarbeiter zu bessern.

Am 2. und 8. Juli fanden in Berlin zentrale Verhandlungen zwischen den Industriellen und Arbeitern statt, in denen zur Verringerung der Akkordarbeit und zur Arbeitszeitverkürzung Stellung genommen wurde. Der Verbandsvorsitzende Götzig wies in wirkungsvoller Weise nach, daß die Lebenshaltung der in der deutschen Glasindustrie beschäftigten Arbeiterschaft überaus trübselig sei und die Akkordarbeit, die die Arbeiter auf höchsten Leistungsfähigkeit antreibt, beseitigt werden müsse. Ebenfalls müsse eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten, um die Arbeiter vor dem Untergang zu retten. Den Industriellen könne der Gesundheitszustand der Arbeiter nicht gleichgültig sein, denn nur eine gesunde Arbeiterschaft könne die Industrie zur höchsten Leistungsfähigkeit führen. Die Arbeiter verlangten eine Verbesserung im ganzen Arbeitsverhältnis und sie werden sich durch nichts abhalten lassen, diese Verbesserungen durchzuführen. Die Industriellen machten diesen Vorlegungen gegenüber geltend, daß die Glasindustrie eine Exportindustrie sei und gegenüber anderen Industriezweigen durch die enorme Verteuerung der Rohstoffe, besonders der Kohle, stark beeinträchtigt sei. Durch die Verringerung der Akkordarbeit werde die Produktion bedeutend sinken und damit eine Verteuerung der Produktion eintreten, so daß der Export gefährdet sei. Beharren die Arbeiter auf ihren hohen Forderungen, dann sei der Ruin der Flaschenindustrie besiegelt; die Arbeiter haben dann hohe Löhne und eine kurze Arbeitszeit, aber keine Beschäftigung.

In der umfangreichen Diskussion wiesen die Arbeitervertreter alle Einwendungen der Industriellen zurück und erklärten übereinstimmend, daß, wenn sich die Industrie nur auf Kosten der Arbeiter und deren Gesundheit erhalten kann, sie dann ruhig zugrunde gehen kann; was ruhe die Exportmöglichkeit, wenn die Arbeiter krank und arbeitsunfähig sind. Die Akkordarbeit müsse fallen, Lohnerrhöhungen müssen gewährt werden, und ferner müssen den Arbeitern auch in jedem Jahr 14 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden. Auch von einer Akkordzulage können die Arbeiter nicht absteigen; denn sie selbst wie ihre Familien sind völlig heruntergerissen.

Nachdem die Verhandlungen wiederholt vertagt wurden, Industrielle und Arbeitervertreter allein verhandelt hatten, kam am Schluß des zweiten Verhandlungstages folgende Verständigung zustande:

Die Arbeitszeit wird einschließlich der Pausen auf 7 1/2 Stunden verkürzt. Ab 1. Juli tritt eine Lohnerrhöhung von 20 Prozent ein und die Zuschläge für Flaschenmündungen werden um 200 Prozent erhöht, und für einzelne Flaschenmündungen werden weitere Lohnerrhöhungen gewährt. Die Dauer des neuen Vertrages wird jedoch

nur bis 1. September festgesetzt, da die Arbeitervertreter in der bestmöglichen Form erklärten, daß sie unter keinen Umständen für eine längere Vertragszeit zu haben sind und sie sprechen schon heute aus, daß die in der Industrie beschäftigten Arbeiter durch die Zugeständnisse nicht befriedigt sind und nach wie vor die Befreiung der Akkordarbeit fordern werden.

Wenn los geht!

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben:

Wie allgemein bekannt sein dürfte, geben die U. S. P.-Obmänner laut Beschluß ihrer Räte in den Fabriken 10-Pf.-Marken aus, die angeblich zur Dedung ihrer Ausgaben für die U. S. P.-Arbeiterräte dienen sollen. Eigentlich müßte doch durch die sogenannte Sechserkasse jede Fabrik bereits ihre Räte; es bedarf also einer nochmaligen Sammlung nicht. Trotzdem wird jeder verpflichtet, jede Woche mindestens eine Marke zu entnehmen. Nun sind wir Arbeiter politisch leider gespalten. Unser Obmann erklärt aber kategorisch: „Eine Marke muß jeder nehmen!“ Ist es nicht ein starkes Stück, daß ich gezwungen werden soll, eine Partei finanziell zu unterstützen, der ich gleichgültig oder sogar feindlich gegenüberstehe? Was zu die Mittel in Wirklichkeit verwendet werden sollen, hören wir gleich. Sie machen aus ihrem Verzei keine Mördergrube und gestehen offen: „Das Geld wird verwendet ... wenn's los geht!“ Auf Vorkhaltungen erklärte mein Klassengenosse und Obmann: „Ja, wenn's losgeht, dann wollen die Rechtssozialisten auch was davon abhaben, aber dann können sie meinetwegen verreden.“ Das ist die neue U. S. P.-Arbeiter-Solidarität. Ganz allgemein werden die Arbeiter von Sammlungen überschwemmt. Alle möglichen Vorspiegelungen werden gemacht, nur um Geld zu erhalten. Leider geben die Kollegen aus Angst vor wirtschaftlichen Schädigungen, Das ist völlig verkehrt. Einem so unterdrückten Treiben muß jeder entschlossen entgegenreten. Deshalb möchte ich den Kollegen zurufen: Seid Männer, haltet fest zusammen, wenn Ihr zurzeit auch wenig im Betrieb seid; die Zeit wird kommen, in der wir jene schamlose Unbuddsamkeit Andersdenkenden gegenüber wieder austrotten.

Für die Angestellten der Commerz- und Diskontobank findet heute, Freitag, abends 6 Uhr im katholischen Vereinshaus, Niedermöllert 11, eine Betriebsversammlung der Angestellten der Commerz- und Diskontobank statt. Tagesordnung: 1. Der Tarifvertrag. 2. Abstimmung.

Der Angestellten-Ausschuß.

Bund technischer Angestellten und Beamten, Bezirk Nordwest-Berlin. Nächste Monatsversammlung am Montag, den 14. Juli, im Nordwest-Kasino, Alt-Boabitz 55/56. Die Versammlungen finden regelmäßig jeden 2. Montag im Monat in obigem Lokal statt und sind besonders als Zahlungsmittel für Einzelmitglieder gedacht.

Berichtszeitung.

Schleichhandel im Eplanade-Hotel.

Wegen Vergehens gegen die Schleichhandels- und Preistreiberverordnung standen gestern der Generaldirektor Franke des Hotels Eplanade und der Küchenchef des Hotels Rotenburg vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Bei einer vom Kriegswucheramt im vorigen Jahre im Hotel Eplanade vorgenommenen Revision wurden große Mengen von Nahrungsmitteln aller Art vorgefunden, die die rationierten Mengen weit überschritten und nur im Schleichhandel erworben sein konnten. Die Vorräte wurden beschlagnahmt und der Generaldirektor Franke wie der Küchenchef Rotenburg angeklagt. Rotenburg bezieht als Einkäufer 1000 M. monatlich, hat freie Station und ihm sollen noch 2 Proz. Provision zufallen. Das Gericht verurteilte Rotenburg zu 1 Monat Gefängnis und 10000 M. Geldstrafe, Generaldirektor Franke zu 15000 M. Geldstrafe. Die Angeklagten legten Vertretung ein.

Räuberische Erpressung. Am 21. Mai erschienen in der Wohnung eines Kaufmanns W. der Flugzeugführer Görde und der Kaufmann Schnigler, die sich als Kriminalwachmeister vorstellten, und ein unermitteltes gebliebener Mann, der den Spitznamen „Theo“ führte. Unter Todesdrohungen zwangen sie Frau W., einen eingemauerten Selbstsicherungsapparat zu öffnen, aus dem Görde 105000 M. entnahm. Das Gericht trennte die Sache gegen Schnigler ab, weil er infolge Verhüllung im Felde und schon anderwärts als unzurechnungsfähig freigesprochen worden sei. Gegen Görde, der seinen Anteil an dem Raube in Höhe von 49000 M. in der nächsten Nacht in dem Spielklub „Bühne und Film“ in der Hardenbergstraße verspielt haben will, erkannte das Gericht auf 6 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust.

Der verschwundene Bräutigam. Ein Reisender Otto Barnde hatte eine längere Gefängnisstrafe zu verbüßen. Die Staatsanwaltschaft gewährte ihm einen vierwöchigen Urlaub zwecks standesamtlicher Trauung. Nachdem die Trauungszeremonie vorbei war, ließ sich der Transporteur durch die Bitten des Schwiegerpapas und des in Tränen schwimmenden Schwieger-sohnes verleiten, seine Zustimmung zu geben, im Ratskeller schnell einen kleinen Hochzeitskamasus einzunehmen. Nachdem man einige Flaschen genehmigt hatte, blieb der Rechner zufällig etwas lange aus und mit den Worten: „Ich muß doch mal nachsehen, wo der Reel steht“, ging W. nach dem Büfett und — soll heute noch wiederkommen. Die Angelegenheit dürfte noch eine Anklage wegen fahrlässigen Entweichlassens eines Gefangenen gegen den Transporteur nach sich ziehen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag: Bismlich kühl, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich, mit öfter wiederholten, im allgemeinen geringen Regenschauern und mäßigen westlichen bis nordwestlichen Winden.

Verantwortlich für Politik: Kurt Jäger, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schick, Kautzsch; für Anzeigen: Theodor Glade, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 2. 10793 1. Beilage.



Weinbrand Cognac

Marke

„Goldstück“

Jacob Stück Nachfolger Hanau
Cognacbrennereien